

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnementspreis: monatlich 1.50 RM, vierteljährlich 4.50 RM, halbjährlich 8.00 RM, jährlich 15.00 RM. Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntagsnummer mit illustrierter Sonntagsbeilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Postabonnementspreis: 1.50 RM. Bei Bestellungen in die Postsendungen sind die Postgebühren für Deutschland und Österreich-Ungarn 2.50 RM, für das übrige Ausland 4.00 RM zu zahlen. Postabonnements nehmen an Belgien, Dänemark, Holland, Italien, Luxemburg, Portugal, Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Gründet 1876.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsstelligen Adressen oder deren Raum 60 Pf. für politische und gewerkschaftliche Vereins- und Sammlungs-Anzeigen 80 Pf. Kleine Anzeigen, das ist gedruckt Wort 20 Pf. (zweiwöchentlich 2 festgedruckte Worte), jedes weitere Wort 10 Pf. Stellenangebote und Stellenvermittlung das erste Wort 10 Pf., jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist bis 7 Uhr abends geöffnet.

Verlegungs-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Wittwoch, den 25. Oktober 1916.

Expedition: SW. 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 151 90-151 97.

Grey über Kriegursachen und Friedensziele

Predeal und Rasova genommen

Ewiger Frieden? - Ewiger Krieg!?

Herr Chassaing, Vorsitzender des Vereins der auswärtigen Presse in London, hat jüngst in der „Times“ über die Behandlung der fremden Korrespondenten durch die englische Regierung Lage erhoben und auf das bessere Beispiel der französischen Regierung hingewiesen. Dieser Wink hat genügt, um den Leiter der auswärtigen Politik Englands, Viscount Grey, zum Erscheinen bei einer Festveranstaltung des Vereins zu bewegen, wo er dann über die Kriegspolitik der Verbündeten eine lange Rede hielt. Ihren telegraphisch gemeldeten Wortlaut teilen wir weiter unten ausführlich mit.

Um es vorweg zu nehmen: die Rede enthält nichts wesentlich Neues. Das konnte man nach der Art ihrer Entfaltung auch nicht erwarten. Wenn England der Welt etwas zu sagen hat, so wird das durch die Guildhall-Rede des Premierministers Asquith geschehen, die für den 9. November fällig ist. Das ist der historische Festtag der City, den englische Staatsmänner schon so oft zu wichtigen politischen Kundgebungen benutzt haben, und Viscount Greys Presseerde ist höchstens als ein Auftakt dazu zu werten, ein Auftakt freilich, der geeignet wäre, hochgespannte Erwartungen stark herabzusetzen.

Wir stehen noch immer da, wo wir gestanden haben — das ist von Greys Rede der kurze Sinn. Noch immer gellende Anklagen gegen Deutschlands Schuld. Noch immer Versicherungen des festen Zusammenhaltens. Noch immer keine Spur von positiven Friedensforderungen. Und noch immer allgemeinste Allgemeinplätze über den Idealzustand, in den Europa, die Welt durch den Sieg der Verbündeten versetzt werden soll.

„Was mein Bruder Karl will, will auch ich!“ sagte Franz von Frankreich, als er gegen Karl V. zu Felde zog. Er meinte nämlich: Mailand! Wir wissen nicht, ob das beiderseitige Einverständnis größer ist, wenn wir erklären: „Was Viscount Grey will, wollen auch wir!“ Auch wir wollen den internationalen Staatenbund, der jedem sein Recht werden läßt, der über dem Frieden wacht, der alle Streitfälle durch Konferenzen und Schiedsgerichte friedlich schlichtet. Aber was Grey über dieses herrliche Ziel gesagt hat, läßt sich viel schöner in der Schrift „Zum ewigen Frieden“ nachlesen, die der deutsche Immanuel Kant vor jetzt fünfviertel Jahrhunderten schrieb. Jedoch schon Kant hatte seine eigenen Gedanken, wenn Staatsmänner der großen Idee der internationalen Gerechtigkeit ihre Verbeugung machten: „Die Guldbügel, die jeder Staat dem Rechtsbegriffe (wenigstens den Worten nach) leistet, beweist doch, daß eine noch größere, obwar zurzeit noch schlummernde Anlage im Menschen anzutreffen sei, über das böse Prinzip in ihm (was er nicht ableugnen kann) doch einmal Meister zu werden, und dies auch von den andern zu hoffen; denn sonst würde das Wort Recht den Staaten, die sich einander befehdend wollen, nie in den Mund kommen, es sei denn, bloß um seinen Spott mit ihm zu treiben.“

Viscount Grey ist kein Kantianer. Wohl aber hat er als Freund des Angelsports ein sachkundiges Buch über den Fischfang geschrieben, und er weiß, daß die Idee in der Politik oft dasselbe ist wie beim Angeln der Regenwurm. Er ist ein handfester Machtpolitiker, der — wie eben andere auch — dem Rechtsbegriffe seine Guldbügel leistet, um die im Menschen schlummernde Anlage zum Guten seinen Zwecken dienstbar zu machen. Und wenn auch das Herrbild, das deutsche Kriegswörter (freiwillige und unfreiwillige) von ihm entworfen haben, mit der Wirklichkeit so wenig übereinstimmt, wie ähnliche nette Franzosenbildchen von Herrn v. Bethmann und anderen hohen Herren, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß Viscount Grey niemals jenem Flügel der liberalen Partei angehörte, dem es eine zeitlang mit der Verwirklichung politischer Ideale ernst zu sein schien und dessen spätere letzte Reste sich jetzt mit Ramsay MacDonald um die Fahne der „Union of Democracy Control“ sammeln. Er, der schon unter Rosebery Unterstaatssekretär war, hat nie mit Campbell Bannerman gegen Chamberlains Burenpolitik gekämpft, er stand vorsichtig mit Asquith zusammen auf der imperialistischen Seite, und er hat später die Politik des konservativen Lord Lansdowne unterstützt, die in Deutschland unter dem Schlagwort „Einfreisungspolitik“ bekannt ist. So war er, als das Regiment an die Liberalen überging, den konservativen Imperialisten ein willkommener Vertrauensmann im Staatsamt des Keuchers. Trotzdem galt er manchen, wie z. B. dem Sozialdemokraten Hyndman, als ein verdeckter Freund der Deutschen. Die Wahrheit mag in der Mitte liegen, denn in einer zwanzig-

Meldung des Großen Hauptquartiers.

Amtlich. Großes Hauptquartier, 24. Oktober 1916. (W. L. B.):

Westlicher Kriegsschauplatz.

Wie der 22. Oktober war auch der 23. ein Schlachttag von höchster Kraftentfaltung. Um den Durchbruch an jeden Preis zu erringen, setzten Engländer und Franzosen ihre mit starken Kräften geführten Angriffe fort; sie holten sich trotz ihres Masseneinsatzes nördlich der Somme eine schwere, blutige Niederlage. Nach Meldung von der Front liegen vornehmlich westlich von Le Transloy ganze Reihen von Toten übereinander. Die Haltung unserer Truppen war über alles Lob erhaben.

Besonders zeichneten sich das brandenburgische Infanterieregiment Nr. 64, das braunschweigische Reserve-Infanterieregiment Nr. 92, das rheinische Infanterieregiment Nr. 29 und die bayerischen Infanterieregimenter Nr. 1 und Nr. 15 aus.

Südlich der Somme kam ein sich vorbereitender französischer Vorstoß im Abschnitt Ablaincourt-Chaulnes in unserer Vernichtungsgeschichte nicht zur Entwicklung.

Seeresgruppe Kronprinz.

Seine Angriffe an der Somme wollte der Gegner durch Angriffe bei Verdun unterstützen. Unsere Stellungen auf dem Oiseufer der Maas lagen unter kräftigem Artilleriefeuer. Die feindliche Infanterie ist unter unserer starken Artilleriewirkung in ihren Gräben niedergehalten worden; die Angriffsversuche sind damit vereitelt.

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Vom Neere bis zu den Waldkarpathen keine größeren Ereignisse.

Front des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Südlich von Kronstadt (Brassó) ist gestern von deutschen und österreichisch-ungarischen Truppen in erbittertem Kampf Predeal genommen worden; 600 Gefangene wurden eingebracht.

Am Südausgang des Roten-Turm-Passes ist in den letzten Tagen starker rumänischer Widerstand gebrochen worden.

Balkan-Kriegsschauplatz.

Seeresgruppe des Generalfeldmarschalls von Mackensen.

In scharfer Verfolgung des vor dem rechten Armeeflügel in Auflösung weichenden Gegners hat Kavallerie der Verbündeten die Gegend von Caramurat erreicht.

Medgidia und Rasova sind nach heftigem Kampf genommen. Die Gesamtbeute, einschließlich der am 21. 10. gemeldeten, beträgt 75 Offiziere, 6693 Mann, 1 Fahne, 52 Maschinengewehre, 12 Geschütze, 1 Minenwerfer.

jährigen diplomatischen Laufbahn verlernt man leicht sowohl Liebe wie Haß.

Gerade diese kühle Leidenschaftslosigkeit, die nur das Interesse des eigenen Staates wahrnimmt, berechtigt zu einer gewissen Vorsicht, wenn Grey als Vorkämpfer eines hohen Ideals hervortritt. Dieses Ideal ist auch das unsere; wir fürchten, es ist mehr das unsere als Greys. Denn der internationale Staatenbund des Friedens, läßt er sich verwirklichen — wie Grey möchte — auf dem Rücken eines verächtlichen Feinds? Grey ist der zähe Verteidiger des Standpunkts, daß Deutschland eine Schuld auf sich geladen habe, für die es bestraft werden müsse. Sollen wir uns den internationalen Staatenbund des Friedens etwa als eine Straf-Anstalt vorstellen müssen, in der Deutschland interniert werden soll?

Wir sind keine Freunde des Vereins zur raschen Niederwerfung Englands (München, Schwanthaler Str. 19) und halten alles, was dort getrieben wird, für dummes Zeug. Auch nach diesem entsetzlichen aller Kriege wird ein mächtiges England geben und daneben auch ein großes und starkes deutsches Volk. Beide werden wieder lernen müssen, sich miteinander zu vertragen, aber wie sie das machen sollen, dafür findet sich leider auch in Greys Rede

Die blutigen Verluste der Rumänen und der eiligst herangeführten russischen Verstärkungen sind schwer. Die Festung Bukarest ist erneut mit Bomben beworfen worden.

Mazedonische Front.

Nichts Neues.

Der Erste Generalquartiermeister. Lubendorff.

Zustkämpfe an der flandrischen Küste.

Amtlich. Berlin, 24. Oktober. (W. L. B.) Eines unserer Marineflugzeuge belegte am 23. Oktober vormittags Hafenanlagen und Bahnhof von Margate an der Themsemündung mit Bomben.

Am Nachmittag des gleichen Tages wurde an der flandrischen Küste über See ein feindliches Flugzeuggeschwader, bestehend aus drei Flugbooten und zwei Land-Kampfflugzeugen, von zwei deutschen Seeflugzeugen angegriffen und nach erbittertem Luftgefecht in die Flucht geschlagen. Im Laufe des Gefechts wurde ein feindliches Flugboot abgeschossen. Der Flugmeister Meyer (Karl) hat damit sein viertes feindliches Flugzeug vom Seeflugzeug aus im Luftkampf vernichtet.

Nach einiger Zeit kamen die feindlichen Flugzeuge, verstärkt durch sechs weitere Landflugzeuge, zurück. Sie wurden von acht unserer Flugzeuge angegriffen und verjagt. Der Chef des Admiralstabes der Marine.

Der österreichische Generalstabsbericht.

Wien, 24. Oktober 1916. (W. L. B.) Amtlich wird verlautbart:

Ostlicher Kriegsschauplatz.

Seeresfront des Generals der Kavallerie Erzherzog Carl.

Oesterreichisch-ungarische und deutsche Truppen nahmen gestern nach erbitterten Kämpfen den Ort Predeal und machten sechshundert Mann zu Gefangenen. Südlich des Roten-Turmpasses macht unser Angriff Fortschritte.

Seeresfront des Generalfeldmarschalls Prinz Leopold von Bayern.

Die Lage ist unverändert.

Italienischer Kriegsschauplatz.

An der küstländischen Front hält das italienische Geschütz- und Minenfeuer an. Namentlich auf der Karstschloßfläche sind zeitweise heftige Artillerie- und Minenkämpfe im Gange.

Unsere Flieger belegten ein großes Trainlager bei Savogna erfolgreich mit Bomben.

Südöstlicher Kriegsschauplatz.

An der Bojsa keine Ereignisse.

Der Stellvertreter des Chefs des Generalstabes. v. Dörfel, Feldmarschalleutnant.

noch nicht der geringste Anhaltspunkt. „Keine Woche vergeht, die nicht unsern Entschluß befestigt, mit unseren Alliierten bis ans Ende zu gehen, und nach dem Kriege, hoffe ich, wird die Erinnerung an den vereinten Mut, der uns durchdringt, ein dauerndes Band des Bündnisses und der Sympathie zwischen unseren Regierungen und unseren Völkern sein.“

„Und wir?“ So wird uns erlaubt sein, bescheiden einzuwerfen. Soll das deutsche Volk im Friedensbund der Völker ein freies, gleichberechtigtes Mitglied sein? Oder soll der Versuch, alle wilden Drohungen zu verwirklichen, die gegen dieses Volk geschleudert wurden, fortgesetzt werden? Solange das deutsche Volk mit dem zweiten Teil dieser Alternative rechnen muß, solange auf der anderen Seite der Wille vorherrscht, mit ihm „bis ans Ende“ zu gehen, muß es sich gegen ein solches Ende, wie seine Gegner es träumen, nicht wehren? Das deutsche Volk erstrebt einen Frieden der Verständigung, er allein kann den dauernden Frieden bringen, den alle Völker ersehnen.

Das kalte Wort „bis ans Ende“ zerstört alle Träume vom großen Staatenbund der Gerechtigkeit. Kant verhält sich zu Grey wie die Theorie vom ewigen Frieden zur Praxis des ewigen Kriegs.

London, 23. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Neuesten Bureau. Viscount Grey hielt heute auf einem Bankett der Vereinigung der fremdländischen Presse eine Rede, in der er sagte:

Wir haben seit Anfang Herbst zwei oder drei bemerkenswerte Reden gehört. Die erste war die große Rede Briand in der französischen Kammer, die nächste das Interview Lloyd George und dann die Rede Asquiths im Unterhaus. Kürzlich haben wir wieder eine ebenso kräftige Sprache in Petersburg in einer wohl unter den Kulissen des Ministers des Innern erlassenen amtlichen Verlautbarung vernommen. Die Reden haben der Welt Ton und Stimmung der Alliierten bekanntgegeben. In diesem Augenblick behalte ich offen, was in ihnen gesagt worden ist. Aber ich möchte jetzt nicht über die gegenwärtigen Friedensbedingungen sprechen, die nur von allen Alliierten gleichzeitig mitgeteilt und festgelegt werden können und nicht von einem allein, sondern über die Hauptfragen, welche die Alliierten in diesem Kriege sicherstellen müssen.

Ich möchte Sie bitten, sich daran zu erinnern, daß wir niemals vergessen dürfen, wie es zum Kriege kam. Wenn wir uns dem Frieden in dem richtigen Geisteszustande nähern sollen, so kann dies nur dadurch geschehen, daß wir uns des wirklichen Kriegesgrundes entsinnen und diesen keinen Augenblick vergessen. Einige Leute sagen, „Ach, wir brauchen nicht auf diese alten Dinge zurückzukommen, die jetzt jeder kennt“. Sie können aber nicht oft genug darauf zurückkommen. Es berührt die Friedensbedingungen.

Deutschland spricht von Frieden und seine Staatsmänner sprechen heute von Frieden. Welcher Art ist dieser Friede, von dem sie reden? Sie sagen: „Deutschland muß die Gewähr haben, daß es nicht wieder angegriffen wird“. Das würde eine logische Forderung sein, wenn der Krieg über Deutschland herausbeschworen worden wäre. Aber gerade weil er nicht über Deutschland, sondern von Deutschland über Europa herausbeschworen wurde, sind es die Alliierten, die für den künftigen Frieden Bürgschaften erhalten müßten. (Beifall.)

Im Juni 1914 dachte kein Mensch daran, Deutschland anzugreifen. Es wird gesagt, Rußland habe zuerst mobilisiert. Das ist das, was in Deutschland als Rechtfertigung für die Ansicht ausgeführt wird, daß dieser Krieg von Deutschland aus nicht als Angriffskrieg geführt wird, sondern ihm aufgezungen worden sei. Rußland hat die Mobilisierung, über die sich Deutschland beklagt, erst dann angeordnet, als Deutschland die Konferenz abgelehnt hatte und auch dann erst, als in Deutschland die Nachricht veröffentlicht worden war, daß Deutschland die Mobilisierung angeordnet habe, und als diese Nachricht nach Petersburg telegraphiert worden war. (Beifall.)

Es war die Geschichte von 1870 in neuer Auflage. Die Kriegsvorbereitungen, nicht nur die Vorbereitung des Materials, sondern auch die vorbereitenden Maßnahmen sind in Berlin weiter vorgeschritten gewesen, als in irgend einem anderen Lande. Dann, als der gewählte Augenblick eintrat, wurde ein Wandor gemacht, um eines der anderen Länder dazu zu bringen, Schritte zur Verteidigung zu tun, und als dann diese Verteidigungsmaßregel ergriffen worden war, wurde sie mit einem Ultimatum beantwortet, das den Krieg unvermeidlich machte. Ich hätte nichts lieber, als daß diese Behauptung, daß die russische Mobilisierung zum Angriff und nicht zur Verteidigung bestimmt gewesen sei, und daß andere Mächte oder irgendeine andere Macht als Deutschland mit der Neutralität Belgiens Handel getrieben oder den Plan gefaßt habe, durch Belgien anzugreifen, vor einem unabhängigen und unparteiischen Gerichtshof geprüft würde. (Beifall.)

Wenn vier Mächte eine Konferenz anbieten und eine Macht sie zurückweist, sind es dann die Mächte, die die Konferenz anbieten, oder ist es die eine Macht die sie zurückweist, die den Krieg erzwingt? Der Kaiser von Rußland schlug das Haager Schiedsgericht vor. Wenn ein Herrscher das Haager Schiedsgericht vorschlägt und ein anderer dies nicht beachtet, ist es dann der Herrscher, der die Verweigerung nach dem Haag vorschlägt, der den Krieg erzwingt? Unmittelbar am Vorabend des Krieges gab Frankreich das Versprechen ab, die belgische Neutralität zu achten, wenn Deutschland sie nicht verletzen würde, und wir verlangen ein ebensolches Versprechen. War es die Macht, die dies Versprechen verlangte, und die Macht, die es gab, die für die Verletzung der Neutralität Belgiens verantwortlich ist, oder war es die Macht, die sich weigerte, eine Garantie zu geben?

Erst kürzlich hat der Kronprinz durch einen amerikanischen Korrespondenten den Verlust von Menschenleben bedauert, den der Krieg verursacht. Ja, es war gerade, weil wir wußten, welches Verdrüßliche der Krieg bringen würde, und wie furchtbar ein Krieg in Europa sein würde, daß wir 1914 verstanden, ihn zu vermeiden. Und weil wir diese furchtbare Erfahrung über das, was der Krieg bedeutet, gemacht haben, haben wir beschlossen, daß er nicht enden soll, bis wir sicher sein können, daß die Generationen und Völker der Zukunft nicht wieder einer so furchtbaren Prüfung ausgesetzt werden.

Deutschlands Plan war, Frankreich und Rußland zu schlagen und England zu isolieren und ins Unglück zu stürzen. Wir dürfen niemals vergessen, daß uns angeboten wurde, dem Kriege fernzubleiben. Uns wurde durch den deutschen Geschäftsträger angeboten, unter bestimmten Bedingungen neutral zu bleiben. Man verlangte, wir möchten von der belgischen Neutralität absehen und Deutschland freie Hand lassen, sich von den französischen Kolonien zu nehmen, was es wollte. Das war ein Plan, uns nicht nur zu isolieren, sondern in Verzug zu bringen. Ich frage irgend einen Neutralen, was die Zukunft unseres Landes gewesen sein würde, wenn die britische Regierung solche Anerbietungen angenommen hätte. Wir würden uns die Verachtung der ganzen Welt zugezogen haben. Glücklicherweise war diese große Taktik nicht erfolgreich.

Was nun die Politik anbetrifft, die befolgt werden muß, so hat ein gewisser deutscher Professor Döler, der sich selbst einen Pazifisten nannte, die deutschen Ziele einem Amerikaner gegenüber im Jahre 1914 dahin bezeichnet, daß Deutschland dem übrigen Europa den Frieden diktieren müsse, und daß das Prinzip der absoluten Selbstständigkeit der einzelnen Nation aufgegeben werden müsse. Das war der Geist, in dem der Krieg begonnen wurde; welches ist der Geist, in dem der Krieg heute fortgeführt wird? Ich wiederholte das Wort des Premierministers: Wir werden festhalten, bis wir die Vorherrschaft und das Recht auf freie Entwiklung unter gleichen Bedingungen erreicht haben, bei dem alle Staaten, große sowohl wie kleine, sich in Uebereinstimmung mit ihrer Veranlagung als eine Familie der zivilisierten Menschheit aufbauen können.

In diesem Kampfe sehen wir alle unsere Hilfsmittel des Reichthums und des Materials sowie unsere ganze Arbeit ein, und wir hatten jetzt Zeit eine große Armee auszurüsten und auszubilden. Wir sehen das beste Lebensblut der Nation ein und vergießen es Seite an Seite mit unseren Alliierten, angefeuert durch die Tapferkeit, die sie bei der Verteidigung ihres Landes zeigen. Wir vergleichen es, weil wir wissen, unsere Sache ist die ihre und in Zukunft stehen und fallen wir zusammen, ohne daß sich einer von anderen trennt in dem Bewußtsein, daß Einigkeit wesentlich ist nicht allein für den Sieg, sondern auch für unsere Zukunft, unser Leben und unseren Erfolg. Deutschland sucht den einen von anderen zu trennen, um sein Ziel zu erreichen. Keine Woche vergeht, die nicht unseren Entschluß bekräftigt, mit unseren Alliierten bis ans Ende zu gehen, und ich hege die Zuversicht, daß nach dem Kriege das Andenken an den gemeinsamen Mut, der uns durchhalten läßt, das dauernde Band der Sympathie zwischen unserer Regierung und unserem Volke sein wird.

Ich möchte hierbei noch ein Wort über einen anderen Gegenstand sagen. Wenn ich meinen Blick auf die Zeit nach dem Kriege richte, so kommt mir der Gedanke, was können die Neutralen tun. Ich schrieb einem Korrespondenten, der mich über diesen Gegenstand befragte: Ich glaube, das Beste, was die Neutralen im gegenwärtigen Augenblick tun können, ist, nach Möglichkeit zu verhindern, daß sich ein Krieg wie dieser wieder ereignet. Wenn die Nationen in einem solchen Ab-

kommen geeinigt und im Juli 1914 bereit und entschlossen gewesen wären, daß der Streit einer Konferenz oder dem Haager Schiedsgericht unterbreitet und daß der belgische Vertrag beobachtet werden müßte, so würde es jetzt keinen Krieg geben. Von den Kriegsführenden kann nicht erwartet werden, daß sie viel Zeit darauf verwenden, darüber nachzudenken, was nach dem Siege geschehen könnte. Aber die Neutralen können es tun. Ich sehe, daß nicht nur Präsident Wilson, sondern auch Hughes, die sich um die Präzedenzfälle der Vereinigten Staaten bemühen, einen Bund unterstützen, der gegründet wurde nicht zu dem Zweck, den Teilnehmern an diesem Kriege in den Arm zu fallen, sondern zu dem Zweck, eine internationale Vereinigung für die Zeit nach dem Kriege zu schaffen, die das übrige tun soll, den Frieden in der Zukunft zu sichern. Das ist das Werk der neutralen Länder, auf das wir alle mit Wohlwollen und Hoffnung blicken sollten. Nur müssen wir das im Auge behalten, daß, wenn die Nationen nach dem Kriege imstande sein sollen, etwas Wirksames zu tun dadurch, daß sie sich selbst binden zu dem gemeinsamen Zweck, den Frieden aufrechtzuerhalten, sie auch bereit sein müssen, nicht mehr zu unternehmen als sie selbst imstande sind, mit Gewalt aufrechtzuerhalten und darauf zu sehen, daß, wenn die Krisis kommt, ihr mit Gewalt entgegengetreten wird. Wir müssen sie fragen, wenn die Zeit kommt? Wollt ihr eure Rolle auf euch nehmen? Die Aufgabe dieses Bundes ist, darauf zu sehen, daß die Verträge gehalten werden und daß jedes weitere Ausschüßmittel versucht wird, bevor ein Krieg ausbricht kommt. Im Jahre 1914 bestand ein solcher Bund nicht. Wenn man sich vorstellt, daß Verhältnisse, wie sie im Jahre 1914 bestanden, wiederkehren, und daß dann ein solcher Bund vorhanden ist, so wird alles davon abhängen, ob das nationale Gefühl, das hinter ihm steht, von den Lehren dieses Krieges so durchdrungen ist, daß jede Nation gezwungenermaßen es als ihr Lebensinteresse ansieht, den Frieden auf andere Weise als durch Gewalt aufrechtzuerhalten. Aber man muß mehr als dies haben, man muß nach dem Krieg ein Abkommen über die Methoden haben, nach denen ein Krieg geführt werden darf.

Geschichte in seinen weiteren Ausführungen die deutsche Art der Kriegführung und wies dabei auf das wahllose Ausstreuen von Minen hin, auf den Gebrauch von Gas, auf das Versenken von Handelsschiffen mit der Mannschaft und Passagieren, auf die Grenzlinie in den besetzten Gebieten. Die Neutralen hätten ein Interesse daran, zu sehen, daß etwas getan würde, um sie in Zukunft zu sichern. Es müßten Bestimmungen niedergelegt und gestiftet werden, wodurch es klar wird, daß jede Nation, die von ihnen abweicht, in der ganzen Welt als gemeinsamer Feind der menschlichen Rasse betrachtet werden würde. Greg schloß: Jahrelang vor dem Kriege lebten wir unter dem tiefen Schatten des preuzischen Militarismus. Es darf keinen Frieden geben mit Ausnahme eines Friedens, der darauf abzielt, sicherzustellen, daß die Nationen Europas in Zukunft frei von diesem Schatten leben. Sie wollen leben in freier Luft und in dem Lichte der Freiheit. Dafür kämpfen wir.

Die griechischen Wirren.

Die Auflösung der Reservistenverbände.

Bern, 23. Oktober. (W. L. B.) „Journal“ meldet aus Athen, die griechische Regierung habe die formelle Verpflichtung übernommen, die Reservistenverbände aufzulösen. Ferner habe die Regierung eingewilligt, alle zwischen 33 und 40 Jahren stehenden Leute sofort und den Jahrgang 1914 am 15. November zu entlassen. Die Jahrgangsklasse 1916 solle nicht einberufen werden.

Der bulgarische Kriegsbericht.

Sofia, 23. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Heeresbericht vom 23. Oktober.

Mazedonische Front: Zwischen dem Prespa-See und der Cerna schwache Artillerietätigkeit. Im Cerna-Bogen haben die Kämpfe noch nicht ihr Ende gefunden. Unsere Truppen, verstärkt durch deutsche Bataillone, rückten gegen die Dörfer Brod und Sitbiha vor. Im Roglentza-Tale und westlich vom Bardar schwache Kanonade. Ostlich des Bardar lebhaftes Geschützfeuer. Ein starker nächstlicher Angriff der Feindes gegen das Dorf Bogorodiza wurde durch unser Feuer und stellenweise im Nahkampf abgeschlagen. Am Fuße der Belasica-Planina Ruhe. An der Struma-Front beschloß die feindliche Artillerie mehrere bewohnte Dörfer vor unseren Stellungen. Am Ägäischen Gestade Ruhe.

Rumänische Front: Längs der Donau Ruhe. In der Dobrudscha setzten die verbündeten Truppen am 22. Oktober die Verfolgung des Feindes fort. Um 1 Uhr nachmittags ritt unsere Kavallerie in die Stadt Constanza ein. Am Abend erreichten und besetzten Abteilungen des rechten Flügels die Linie Zlam Tepe (16 Kilometer nordwestlich Constanza)—Dorf Alacay nächst der Eisenbahnlinie, während Truppen des linken Flügels die Linie Zdris Culus-Cote 127 (6 Kilometer südlich Medschidib) und die Höhen 5 Kilometer nördlich von Culus Ramut-Cote 158 besetzten. An der Küste des Schwarzen Meeres zog sich ein russisches Geschwader, das mit der Artillerie am Kampf teilgenommen hatte, zurück und beschwand in Richtung nach Norden. Ein deutsches Wasserflugzeug landete hinter der feindlichen Front auf dem Flugplatz beim Dorfe Karakum und zerstörte zwei Flugzeuge, nachdem es die Soldaten des feindlichen Postens getötet hatte. Das Wasserflugzeug ist unversehrt zurückgekehrt.

Die Meldung des türkischen Hauptquartiers.

Konstantinopel, 23. Oktober. (W. L. B.) Amtlicher Bericht.

An der Euphratfront griffen unsere Erkundungspatrouillen in der feindlichen Stellung eine Batterie an und machten ein Geschütz unbrauchbar. In Persien schlugen unsere Abteilungen nordwestlich von Samudschai Blat eine feindliche Abteilung unter großen Verlusten für diese zurück.

Kaukasusfront: Im allgemeinen für uns günstige Scharmützel, bei denen wir eine Anzahl Gefangene machten.

Von den übrigen Fronten ist kein Ereignis von Bedeutung zu melden.

Dobrudscha: Unsere Truppen, die zusammen mit den Verbündeten die Linie Constanza—Medschidib überschritten haben, setzen die Verfolgung des fliehenden Feindes erfolgreich fort.

Generalfeldmarschall von Mackensen hat Seine Majestät den Sultan zu dem Erfolg beglückwünscht, den die Tapferkeit unserer Truppen in der Dobrudscha davongetragen hat.

Unsere Unterseeboote haben dieser Tage verschobene nach Constanza bestimmte, mit Lebensmitteln beladene Segelschiffe, sowie einen großen Transportdampfer von dreitausend Tonnen Gehalt an der rumänischen Küste versenkt.

Ein Teil unserer mit der Unterdrückung des Aufstandes beauftragten Streitkräfte hatte am 6. Oktober die im Abschnitt

Vir Raha Situl 6 Kilometer südwestlich von Medina verschanzten Aufständischen getroffen. Nach der Ankunft unserer kürzlich von Medina abgeforderten Verstärkungen wurden sie angegriffen. Der Angriff war von Erfolg gekrönt. Die Aufständischen mußten unter Zurücklassung zahlreicher Toten gegen das Meer hin fliehen.

Der Stellvertretende Oberbefehlshaber.

Die feindlichen Heeresberichte.

Der französische Tagesbericht.

Vom 23. Oktober nachmittags. (W. L. B.) Nördlich von der Somme machten die Franzosen gegen Ende des Tages eine völlig gelungene Einzelunternehmung. Nach kurzer Artillerievorbereitung nahmen sie in einem einzigen Ansturm die gesamte Kuppe 126, auf der sie am 18. Oktober Fuß gefaßt hatten.

Südlich der Somme erneuerten die Deutschen trotz lebhafter Beschließung der waldigen Gebeud nördlich von Chaumes im Laufe der Nacht ihre Angriffe gegen die neuen französischen Stellungen nicht. Weiter südlich scheiterte ein deutscher Handstreich gegen einen französischen Graben nahe der Eisenbahn. Die Gesamtzahl der von den Franzosen am 21. Oktober im Abschnitt von Chaumes gemachten Gefangenen beläuft sich jetzt auf 450, darunter 16 Offiziere. Zwischen der Aisne und der Oise hoben die Franzosen einen kleinen Posten auf und brachten den Deutschen Verluste bei. In der Champagne liegen die Deutschen südlich von der Höhe von Le Mesnil eine Mine springen; ein Gegenangriff warf sie sofort aus dem Trichter heraus.

Luftkrieg: Deutsche Flugzeuge warfen heute morgen mehrere Bomben auf Lunéville. Niemand wurde getötet, der Sachschaden ist unbedeutend. An der Somme-Front wurden im Laufe des 22. Oktober zwei deutsche Flugzeuge abgeschossen, drei mußten Feuerlos niedergehen. Im Laufe des gestrigen Tages warfen 24 französische Flugzeuge 4200 Kilogramm Geschosse auf die Höhen von Hagenbingen und von Duffingen (nördlich von Metz), auf die Bahnhöfe von Diedenhöfen, Regières bei Metz, Longueville und Metz-Sablons. Die Ziele wurden getroffen. Ein anderes Geschwader beschloß ein Schießbedarfslager in Rons-en-Chaulée. Schließlich erfolgte in der Nacht zum 23. Oktober eine Beschließung der Werke von Rombach und des Bahnhofs von Mars-la-Tour, die gute Ergebnisse erzielte.

Orientalarmee: Von der Struma bis zum Bardar ist kein wichtiges Ereignis zu melden. Einige Patrouillengefächte in der Gegend von Prosenj. Im Cerna-Bogen machten die Bulgaren am 19. Oktober heftige Gegenangriffe mit großen Kräften. Der erbitterte Kampf dauerte den ganzen Tag an und endete mit einem vollständigen Erfolge der Serben, die die Feinde überall zurückschlugen und ihnen sehr starke Verluste beibrachten. Unsere Artillerie unterstützte in der Gegend von Vagry kräftig die serbische Infanterie und löschte die feindlichen Kolonnen durch Maschinengewehre.

Vom 23. Oktober abends. (W. L. B.) Nördlich von der Somme ermöglichte uns eine im Laufe des Tages ausgeführte einzelne Kampfabhandlung nordöstlich von Morval merklich vorzudringen. Die Zahl der von uns gefesseln nordwestlich von Saillly-Saülly gemachten Gefangenen beläuft sich auf ungefähr achtzig. Südlich von der Somme war der Artilleriekampf besonders lebhaft in der Gegend von Chaumes. Überall sonst war der Tag ruhig.

Luftkrieg: Heute morgen warfen deutsche Flugzeuge Bomben auf Nancy ab. Es sind keine Opfer und wenig bedeutender Sachschaden gemeldet.

Belgischer Bericht: Artilleriekämpfe in der Gegend von Dignuiden. Lebhafter Bombenkampf im Abschnitt von Steenstraete.

Die englische Meldung.

Vom 23. Oktober morgens. (W. L. B.) Während der Nacht beträchtliche feindliche Beschließung zwischen Le Sars und Guensbecourt. Unsere Truppen halten den auf dieser Seite gelegenen Rand zweier Trichter besetzt, die gestern vom Feinde bei Bluff durch Minensprengung verursacht wurden. Die Unsrigen rüdten ihre Stellungen in zufriedenstellender Weise ein.

Vom 23. Oktober abends. (W. L. B.) Heute nachmittags schoben wir bei einer Operation am rechten Flügel unserer Front südlich der Aisne unsere Linie östlich von Quebecourt und Lebois vor und eroberten über 1000 Harde feindlicher Schützengräben. Es wird die Einbringung weiterer 60 Gefangener aus den Kämpfen an der Schwabenschanze und bei Le Sars über die gestern angegebene Gesamtzahl hinaus gemeldet. Die Deutschen versuchten vergangene Nacht zwei Ueberfälle gegen unsere Schützengräben in der Nachbarschaft von Commercecourt. Der eine wurde mit schweren Verlusten für den Feind in unserer Feuer zum Stehen gebracht; bei dem anderen drang der Feind in unsere Vorpostenstellung ein, wurde aber sofort durch einen Gegenangriff wieder daraus vertrieben. Gestern belegten unsere Flugzeuge zwei Eisenbahnstationen hinter den feindlichen Linien mit Bomben, trafen einen Zug, der in Bewegung war, und verursachten viel Schaden an Gebäuden und rollendem Material. Sieben feindliche Flugzeuge wurden herabgeschossen, viele andere beschädigt und zum Landen gezwungen. Acht von unseren Flugzeugen sind nicht zurückgekehrt.

Bericht aus Saloniki vom 23. Oktober. An der Struma- und Dojranfront wurden erfolgreiche Ueberfälle auf bulgarische Schützengräben unternommen.

Bericht aus Kgypten vom 23. Oktober. Abteilungen des Kamelreiterskorps säuberten am 20. und 21. Oktober, mit bewaffneten Automobilen zusammen reitend, die Dakka-Dase und machten 125 Gefangene. An denselben Tagen wurde die Baharta-Dase gesäubert. Es wurden 80 Gefangene gemacht, darunter 10 Offiziere. Wir hatten keine Verluste.

Meldung der italienischen Heeresleitung.

Vom 23. Oktober. (W. L. B.) Am gestrigen Tage einige Tätigkeit der feindlichen Artillerie im Gebiet von Naba (mittlerer Nonzo), östlich von Görz und im Abschnitt von Doverdo (Karst). Unsere Artillerie zerstörte Arbeitergruppen und Verpflegungskolonnen in verschiedenen Abschnitten der Front. Weidertätigkeit von Aufklärungsfliegern. Im Luftkampf wurde ein feindlicher Albatros im Tale des Frigido (Wippach) abgeschossen. Auf dem Karst machten unsere Abteilungen bei Vorstößen gegen die feindlichen Linien Gefangene und erbeuteten Waffen und Munition. Cadorna.

Der rumänische Bericht.

Vom 23. Oktober. (W. L. B.) Nord- und Nordwestfront. Bei Fulges und Alcaz Artilleriekampf. Im Zrotus-Tal zieht der Feind sich zurück. Er steckte das Dorf Prasturoasa im Uglutal in Brand. Wir schlugen alle Angriffe des Feindes ab, der aus der Uglu-Ortschaft vorzudringen versuchte. Im Ditus- und Slanic-Tal wurde der Feind blutig zurückgeschlagen. An der Grenze war die Nacht verhältnismäßig ruhig. Es war seit dreizehn Tagen die erste Nacht, in der dort kein Kampf stattfand. An der Grenze beim Brances-Berge Ruhe. Im Vuguz-Tal, bei Tablabyzi, Pratoaca und Predelus Artilleriekampf. Die Lage ist dort unverändert. Bei Predelus wurde ein sehr heftiger feindlicher Angriff zurückgeschlagen. In der Gegend von Dragoslavle haben wir den Berg Prifaca zurückgewonnen und Gefangene sowie zwei Maschinengewehre erbeutet. Auf dem linken Flügel zahlreiche Angriffe und Gegenangriffe. Wir haben unsere Stellungen behauptet. Wir schlugen eine feindliche Abteilung zurück, die von Scora aus durch das Topolog-Tal vorgegangen war. Wir machten 123 Gefangene und nahmen drei Maschinengewehre. Im Jilul-Tal ist die Lage unverändert. Bei Orlova haben wir einen feindlichen Angriff abgeschlagen, der sich gegen das Dorf Verka richtete.

Südfront: Längs der ganzen Donau beiderseitige Feuer-tätigkeit. In der Dobrudscha dauert der heftige Kampf an. Unsere Truppen haben sich bis unmittelbar südlich von der Eisenbahn Cernavoda-Constanza zurückgezogen.

Die Schlacht vor Verdun.

Erster Abschnitt.

Aus dem Großen Hauptquartier wird uns geschrieben:

Die Vorgeschichte der Schlacht von Verdun ist in großen Zügen die folgende: Am die Wende vom August zum September 1914 wurde die mittlere Heeresgruppe der Franzosen, bestehend aus etwa zehn Armeekorps, zwischen Meims und Verdun zurückgeworfen. Am 10. September nahm die Armee des Kronprinzen die besetzte Feldstellung südwestlich Verdun an und eröffnete die Beschließung der Front mit schwerer Artillerie. Am 21. September überführte der Angriff gegen die Sperrfortlinie südlich Verdun siegreich den Westrand des vorgeschobenen Höhenzuges der Côte Lorraine. Ausfälle wurden zurückgewiesen. Am 23. September wurde die Einschließung Verduns auf der Nord- und Nordostfront durch die Armee des Kronprinzen vollendet. Am 25. September wurde das Sperrfort Camp des Romains genommen, dadurch ein Einschnitt in die Maaslinie bewerkstelligt und so die Verbindung zwischen Verdun und Toul ein für allemal zerrissen.

Diese schwere Schädigung der strategischen Gesamtlage wieder auszubessern und die Verbindung zwischen den beiden festen Plätzen wiederherzustellen, war das Ziel einer Reihe sehr schwerer, heftiger Vorstöße, welche die Franzosen noch während der letzten Monate des Jahres 1914 und während der ersten Hälfte des Jahres 1915 an verschiedenen Stellen unternahmen. Diese Wiederherstellungsversuche richteten sich vor allen Dingen gegen den rechten Winkel des stumpfen Dreiecks, mit welchem unsere Stellung in der Wadon-ebene tief in die französische Fortlinie hineinstößt. Die hier angelegten Angriffe sind als die Combres-Kämpfe allgemein bekannt. Ihren Gipfelpunkt erreichten sie in den Monaten März und April und in den Monaten Juni und Juli 1915. Aber auch gegen die stumpfe Spitze des Dreiecks sind bei St. Mihiel und bei Apremont mehrfach scharfe und langdauernde Angriffe gerichtet worden. Auch im Norden und Nordwesten von Verdun ist die Tätigkeit der Franzosen stellenweise sehr rege gewesen. Seit der Mitte des Jahres 1915 indessen sind ihre Angriffe bei Verdun im wesentlichen zum Stillstand gekommen. Die immer wieder mit starkem Kräfteeinsatz wiederholten Vorstöße der Franzosen aus den Jahren 1914 und 1915 haben also weder ihr lokales taktisches noch ihr großes strategisches Ziel erreicht. Sie haben weder unsere Front an irgend einer Stelle zu erschüttern vermocht, noch ist es ihnen gelungen, Kräfte von unserer Ostfront abzuziehen, wie unser Durchbruch von Gallizien und die anschließende siegreiche Offensive bewies.

2.

Die Bedeutung und die Eigenart der Kämpfe um Verdun ist unmittelbar bedingt durch die strategische Lage der Festung. Das großangelegte Schloß von befestigten Stützpunkten, welches Frankreich zur Sicherung seiner Ost- und Nordostfront vor seine Hauptstadt gelagert hat, zieht sich von Vervors über Epinal und Toul nach Verdun, mit der Front nach Nordosten. Bei Verdun biegt es nach Westen um und zieht sich über die Hauptstützpunkte Meims und Baon bis zu den Sicherungen des Diez-Tales bis la Fore. Die letzteren beiden Stützpunkte sind in unseren Händen, im übrigen ziehen sich unsere Schützengräben im flachen Bogen um diese Sperrlinie herum, die sie nur bei St. Mihiel durchbrochen haben. Verdun bildet den nordöstlichen Eckpfeiler dieses ganzen Verteidigungssystems.

Aber in dieser wichtigen Bedeutung Verduns für die Verteidigung Frankreichs liegt nicht die alleinige, ja nicht einmal die hauptsächlichste Bedeutung des Platzes. In einer noch wesentlich wichtigeren Rolle mußte Verdun in dem Augenblick berufen sein, wo unsere Heinde es unternahmen, von der Verteidigung zum Angriff überzugehen. Denn in diesem Augenblick wurde Verdun das eigentliche Ausfalltor Frankreichs gegen Deutschland. Der Vorstoß, welchen die Franzosen immer wieder vergeblich versucht hatten, um den zurückgebogenen Teil unserer Westfront zu durchstoßen und damit in den Rücken unserer in Belgien und Nordfrankreich kämpfenden Truppen zu gelangen, sollte von Verdun aus erneuert werden. Von dieser Stelle aus hätte er neben der strategischen Bedrohung des nordlichen und des mittelfränkischen Westfront zugleich die wirtschaftlich höchst bedeutungsvolle Nebenwirkung gehabt, daß er schon in seinem Beginne die Aussicht bot, die wertvollen Kohlen- und Erzgebiete von Brich zurückzuerobern, deren Verlust für die Franzosen feinerzeit ebenso peinlich gewesen war, wie ihre Wiedererlangung im höchsten Grade erwünscht sein mußte. Im weiteren Verlauf hätte dann der Vorstoß von Verdun aus die Festung Metz getroffen, deren Ueberrennung zugleich die Möglichkeit bot, die durch sie gedeckten deutsch-lothringischen Stahlindustriegebiete und damit vitale Teile unserer unteren Kriegsindustrie zu entreißen.

Für die Erreichung dieses strategisch wie kriegswirtschaftlich gleich bedeutungsvollen Zieles bot die Festung Verdun eine ganz einzigartig günstige Operationsbasis. Zunächst sicherte Verdun mit seinem breiten Fortgürtel, der noch dazu durch einen weit vorgeschobenen Kranz von vorzüglich gelegenen und ausgebauten Feldbefestigungen erweitert worden war, die Uebergänge der wichtigsten von Paris nach Metz führenden Straßen und Eisenbahnen und diente also als Stützpunkt für die Maaslinie. Für die stillen der Maas zum Vorstoß nach Nordosten bereitgestellten Truppenmassen bot der Befestigungsgürtel von Verdun in der Ausdehnung, wie er bis zum Februar 1915 bestand, ein vortreffliches Aufmarschgelände mit einem vorzüglich ausgestatteten Straßen- und Eisenbahnnetz, einer Menge geräumiger Kasernen, Lebensmittellager, kurz mit allen denjenigen Anlagen, welche zu einer Operationsbasis größten Stils gehören. Mit einem Wort: Verdun war das Ausfalltor Frankreichs gegen Mitteldeutschland.

Dieses Ausfalltor zu schließen, war uns bis zum Frühjahr 1915 unmöglich gewesen. Der Zweifrontenkrieg hatte wesentliche Teile unserer Streitkräfte auf dem russischen und auf dem balkanischen Kriegsschauplatz gefesselt gehalten. Erst als diese Kräfte durch den zeitweiligen Abbruch des russischen und des balkanischen Krieges freigegeben waren, konnte an die Niederämpfung Verduns herangegangen werden mit dem strategischen Ziele: die Ausfallspitze Frankreichs zunächst einmal von deutscher Seite aus zu berrammeln und im weiteren Verlaufe der Kriegshandlungen sie nach Frankreich zu einzustoßen. (W. L. B.)

Vom U-Boot-Krieg.

London, 23. Oktober. (W. L. B.) Lloyd meldet: Die dänische Golette „Frig Emil“, die norwegischen Dampfer „Kobbi“ und „Rifoy“ und der dänische Segler „Selna“ wurden versenkt. Der griechische Dampfer „Georgios N. Empirikos“ wurde am Sonnabend versenkt. Zwölf Mann der Besatzung wurden vermisst.

London, 24. Oktober. (W. L. B.) Lloyd meldet: Der norwegische Dampfer „Drason“ ist versenkt worden.

Der norwegische Dampfer „Drasn“ ist versenkt worden.

Lloyd meldet, daß der dänische Dampfer „Gebe“ versenkt wurde und der englische Dampfer „Cabatia“ gesunken sein soll.

Amsterdam, 23. Oktober. (W. L. B.) Nach einer Meldung des Reuterschen Bureaus aus London ist der niederländische Dampfer „Fortuna“ gesunken. Zehn Mann der Besatzung wurden letzte Nacht von einem Patrouillenfahrzeug gefolgt. Man fürchtete, daß der Kapitän und fünfzehn Mann ertrunken sind.

Die Direktion der Niederländischen Dampfschiffahrtsgesellschaft, der das Schiff gehört, hat den Bericht erhalten, daß der Dampfer in

der Nähe von Rotterdam durch eine Mine zum Sinken gebracht worden ist.

Kopenhagen, 24. Oktober. (W. L. B.) Die Stabangerezer „Athenien“ mit Grubenholz nach Hartlepool unterwegs, traf heute in Egerund ein. Als die Bark sich gestern nachmittags um 5 Uhr 140 Seemeilen vor Nybingen befand, sah man, daß eines der vier anderen Schiffe, in deren Gesellschaft die Bark fuhr, brannte. Gleichzeitig wurde ein U-Boot in der Nähe des betreffenden Schiffes gesichtet. „Athenien“ feuerte mit allen Segeln nordnordost am Winde. 80 Minuten später brannte das zweite Schiff. Nach abermal einer halben Stunde brannte das dritte, vier Stunden später das vierte Schiff. Das letzte Schiff, wahrscheinlich „Gunn“, versuchte am Wind den gleichen Kurs wie die „Athenien“ zu halten, segelte aber schlecht. Unter den anderen Schiffen war, soweit bekannt, der „Cerbera“. „Athenien“ löschte die Lichter und erreichte Egerund, wo sie vorläufig liegen bleibt, da sie die Ausfahrt nicht wagt. „Gunn“ war eine Bark aus Kristiania von 483 Tonnen, „Cerbera“ ein Vorkrüder Schooner von 430 Tonnen.

Barbø, 23. Oktober. (W. L. B.) Von sechs Frachtdampfern, die gestern von hier nach Archangelsk ausgefahren waren, sind heute vier hierher zurückgekehrt, weil sie von U-Booten gesichtet worden sind. Die Besatzungen teilen mit, daß sie gesehen hätten, daß ein Eisdampfer versenkt worden sei. Man fürchtet, daß die beiden nicht zurückgekehrten Dampfer versenkt worden sind.

Bergen, 23. Oktober. (W. L. B.) Meldung des Nizauschen Bureaus. Die Besatzung des englischen Dampfers „Jola“ ist gestern hier eingetroffen. Sie teilte mit, ein deutsches Unterseeboot habe am Donnerstag nördlich von Barbø die „Jola“, die von Cardiff nach Archangelsk mit Kohlen unterwegs gewesen sei, versenkt. Die Mannschaft habe reichlich Zeit erhalten, in die Boote zu gehen. Wegen des Sturmes habe das U-Boot die Rettungsboote ins Schlepptau genommen und sie in die Nähe der Rüste gebracht. Als das Schlepptau gerissen sei, hätten die Deutschen die Engländer an Bord genommen und sie später einem norwegischen Wachtschiff abgeliefert, das sie nach Barbø gebracht habe.

Kristiania, 23. Oktober. (Meldung des Nizauschen Bureaus.) Ein Telegramm zufolge ist der norwegische Dampfer „Raffund“, von Narvik nach England mit Erz unterwegs, gestern 190 Seemeilen südwestlich von Narvik versenkt worden. Die Besatzung ist in Haugesund eingebracht worden.

Der Dampfer „Secunda“ (1512 Bruttoregistertonnen) von Haugesund ist versenkt, der Dampfer „Edam“ aus Kristiania ist nach Emden aufgebracht worden. Ebenso wurde der Dampfer „Fjelali“ aus Bergen nach einem deutschen Hafen gebracht.

Der Dampfer „Grønhaug“ (667 Bruttoregistertonnen) ist 100 Meilen von der englischen Küste versenkt worden. Das Schiff war von Göteborg nach Hull mit einer Ladung Eisen unterwegs. Es wurde bei Tagesanbruch von einem U-Boot angehalten. Die Mannschaft erhielt zwei Minuten Zeit zum Verlassen des Schiffes. Später wurde sie von dem norwegischen Dampfer „Lodna“ aufgenommen.

Kristiania, 24. Oktober. (W. L. B.) Im Drontheimer Seeberhöe anlässlich der Verlenkung des rumänischen Dampfers „Ostriza“ berichtete dessen Kapitän, ein U-Boot-Kommandant habe erklärt, es befänden sich zehn deutsche U-Boote im Eismeer.

Kristiania, 24. Oktober. (W. L. B.) Die Morgenblätter melden aus Barbø, daß gestern früh der Dampfer „Kensjell“ (781 Tonnen) 15 Meilen vor Barbø versenkt worden ist. Die Besatzung ist gerettet. „Kensjell“ war mit 680 000 Kronen Kriegsvorrat und in Kristiansund beheimatet.

Kopenhagen, 24. Oktober. (W. L. B.) „Nationaltidende“ erzählt aus Kristiania: „Verdens gang“ hat von mehreren Seiten Meldungen erhalten, daß deutsche Unterseeboote außerhalb des Kristianiafjords gesehen worden sind. Das Verteidigungsministerium hat auf Anfrage diese Meldungen mit dem Hinzufügen, daß eine Verlegung des norwegischen Seegebietes nicht erfolgt ist, bestätigt.

Rotterdam, 24. Oktober. (W. L. B.) Der „Nieuwe Courant“ berichtet, daß der niederländische Dampfer „Fortuna“, der auf dem Wege von Rotterdam nach Cardiff auf eine Mine gelaufen oder durch einen Torpedo zum Sinken gebracht wurde, in Ballast fuhr und in England Kohlen laden wollte. Das Schiff war 1256 Tonnen groß.

Sieben norwegische Dampfer versenkt.

Kristiania, 24. Oktober. (W. L. B.) Die heutigen Abendblätter bringen an erster Stelle unter großen Ueberstrichen die heute eingelaufenen zahlreichen Telegramme über die neue Versenkung von gleichzeitig 7 norwegischen Schiffen, 5 Dampfern und 2 Segelschiffen, sowie über die Ausbringung zweier weiterer Schiffe durch deutsche Seestreitkräfte, wodurch die norwegische Kriegsversicherung einen Gesamtverlust von 3 755 000 Kronen auf einmal erleidet. Dies hat natürlich gerade bei der gegenwärtigen Lage nicht verfehlt, nicht nur in den zunächst beteiligten Reedereikreisen, sondern auch in allen Schichten der Bevölkerung besonders Kuffeden zu erregen.

Die norwegischen Verluste im Kreuzerkrieg.

Kristiania, 23. Oktober. (W. L. B.) „Aftenposten“ erzählt auf Anfrage bei den Kriegsversicherungs-gesellschaften, daß die Versenkungen von Schiffen zweifellos eine Erhöhung der Prämien zur Folge haben werden. Eine Bestimmung hierüber sei jedoch noch nicht getroffen.

Während des Oktobers betrug der Gesamtverlust an Dampfern bisher 18 mit insgesamt 22 875 Bruttoregistertonnen und einer Versicherungssumme von 15 685 000 Kronen.

Die deutsch-norwegischen Verhandlungen.

Kopenhagen, 24. Oktober. (W. L. B.) „Politiken“ berichtet aus Kristiania: Wie mitgeteilt wird, wird die deutsche Note nicht veröffentlicht werden, es sei denn, daß die deutsche Regierung eine Veröffentlichung wünscht. Die Antwort der norwegischen Regierung wird in einigen Tagen erwartet.

Der Flugzeugangriff auf Margat.

London, 23. Oktober. (W. L. B.) (Meldung des Reuterschen Bureaus.) Amlich. Ein feindliches Flugzeug suchte am 23. Oktober um 10 Uhr morgens Margat heim und warf drei Bomben ab. Ein Hotel im Elstonsvillebezirk wurde leicht beschädigt, ein Mann und eine Frau wurden leicht verwundet. Britische Flugzeuge verfolgten den Feind in südöstlicher Richtung.

Kleine Kriegsnachrichten.

Amlich. Berlin, 24. Oktober. (W. L. B.) Der Austausch des Sanitätspersonals mit Frankreich ist zur Ansammlung weiterer Transporte vorläufig eingestellt. Er wird in einigen Wochen wieder aufgenommen.

Wien, 24. Oktober. (W. L. B.) Das Ministerium des Äußeren hat heute ein Notbuch, enthaltend den dritten Teil der Sammlung der Nachweise für die Verlegung des Völkerrechts durch die mit Oesterreich-Ungarn kriegführenden Staaten, veröffentlicht.

Die Tragödie von Wien.

Stimmen der Zentrumspreffe.

Die deutschen Zentrumsblätter äußern sich erst in ihren Ausgaben vom Montag und Dienstag kritisch zu der Erschießung Stuerzßs. Die Beurteilung ist nicht einheitlich. Die „Augsburger Postzeitung“ betrachtet „die wahnsinnige Tat“ schon Montag früh als völlig aufgeklärt, wogegen die Berliner „Germania“ noch am Dienstag das Gegenstück schreibt. Der „Bayerische Kurier“ meint, das Ausland werde sich die Hände reiben und sagen: Es ist so weit; noch ein wenig aushalten, dann kommt's ärger! Die Wiener „Reichspost“ aber sagt, daß sich die Wünsche des feindlichen Auslands gesehnen, die sich an die „isolierte Tat eines einzelnen“ in dem ersten Augenblick knüpften. (Die bis jetzt vorliegenden Pressestimmen des Auslands bewegen sich nicht in der von dem „Bayerischen Kurier“ angelegten Richtung.) Weiter bezeichnet die „Reichspost“ Friedrich Adler als einen neuraschenischen Intellektuellen, dem der Krieg das Kartenhaus seiner Theorien über den Haufen blies.

Den Versuch, die Tat gegen die Sozialdemokratie auszubedenken, finden wir nur in den beiden bayerischen Hauptorganen des Zentrums. Die „Augsburger Postzeitung“ schreibt in Nr. 488:

„Wenn es uns natürlich auch fern liegt, die Schuld für das Attentat der österreichischen sozialdemokratischen Partei als solcher in die Schuhe zu schieben, in der der Wörder wohl kaum Mitwisser gehabt hat und die sicherlich die nutzlose Wahnsinnsthat ebenfalls verurteilt, so muß doch offen und deutlich gesagt werden, daß wir es nicht für angängig finden, die Tat einfach als ein Verbrechen einer einzelnen wahnsinnigen Persönlichkeit hinzustellen und die politische Richtung dieses Fanatikers völlig wegzumachen.“

Und der „Bayer. Kurier“ sagt in Nr. 298:

„Zwar hat Adler als einzelner, nicht als Beauftragter einer Körperschaft das Verbrechen begangen, der Entschluß aber ist hervorgegangen aus einer Geistesrichtung, die er mit anderen gemeinsam hat. Aufgewachsen in einer Gedankenwelt, die ihre Existenzberechtigung in der Kritik an allem und jedem sucht, die mit dem gewaltsamen Umsturz des Bestehenden loketerte, ist er, wie der Sohn des deutschen Sozialistenführers Liebknecht, in eine Geistesrichtung geraten, in der Theorie und Praxis, die Propaganda der Idee und Tat parallel marschieren. . . . Zweifellos hat Adler Bestimmungsvorwände, wenn er auch als einzelner, nicht als Beauftragter einer Partei gehandelt hat. Seine Zeitschrift vertrat die radikalste Richtung innerhalb der österreichischen Sozialdemokratie, und sie ging Hand in Hand und Arm in Arm mit den publizistischen Erscheinungen gleicher Art in Deutschland. Ein Fingerzeig, daß man Bewegungen, auch wenn sie noch so kleine Kreise umfassen, beachten muß und nicht gering schätzen darf.“

Anderer die „Germania“ (Nr. 495 vom 24. Oktober):

„Aber man hat zu solcher milderen Annahme (daß Adler im Irrsinn handelte) ebenso wenig ein Recht, wie dazu, die Tat der Sozialdemokratie als solcher anzuhängen, die auch in Oesterreich in ihrer großen Mehrheit in dieser schweren Zeit dem Vaterlande nicht entgegengehandelt hat. Ein sicheres Urteil wird man wohl erst fällen können, wenn die Gerichtsverhandlung volle Klarheit in die Handlungsweise des Wörder gebracht haben wird.“

Rehlich die „Köln. Volkszeitung“:

„Aber wenn es keine rasche Aufklärung der Ermordung war, welche das Attentat herbeiführte, sondern der Entschluß ruhiger Erwägung, so wird die Ursache damit eigentlich noch rätselhafter. Man kann unmöglich daran denken, der gesamten sozialdemokratischen Partei dieses Attentat anzurechnen oder sie auch nur zum Mitschuldigen machen zu wollen. Wahrscheinlich handelt es sich um die Tat eines einzelnen überspannten Geistes, welcher, wie so viele Attentäter vor ihm, fernab von aller nüchternen politischen Erwägung krankhaften Menschenbeglückens nachging und durch „Tyrannemord“ die Welt retten zu können glaubte.“

Anderer Blätter wie „Schles. Volksztg.“, „Dortmunder „Trompete“ usw. drücken sich weniger bestimmt aus. Daß sie gerne „möchten“, ist kaum zu verkennen; aber auf die Stufe der beiden bayerischen Blätter steigen sie doch nicht hinunter. Bei ihnen ist wohl die Erinnerung an ihren Parteigenossen, den christlichsozialen Runkel, der wegen der Ermordung des Wiener sozialdemokratischen Reichsratsabgeordneten Schumacher zum Tode durch den Strang verurteilt worden ist, noch zu frisch.“

Diktor Adler bei seinem Sohn.

Wien, 24. Oktober. (A. L.) Gestern nachmittags kam der Vater des Attentäters, Viktor Adler, in das Polizeigebäude. Es wurde ihm eine Unterredung mit seinem Sohne gestattet.

Der Kampf um das Parlament in Oesterreich.

Wien, 23. Oktober. (W. L. B.) Bei der heutigen Besprechung, welche die Vertreter der Parteien des Abgeordnetenhauses unter Vorsteh des Präsidenten Schöberl abhielten und an der Vertreter der drei Gruppen des Herrenhauses teilnahmen, vertrat das Herrenhausmitglied Graf Lam-Martiniß den in der Resolution der drei Gruppen des Herrenhauses zum Ausdruck gebrachten Standpunkt hinsichtlich der Einberufung der Delegationen und der Voraussetzungen für die Einberufung des Reichsrats. Die Redner aus dem Abgeordnetenhaus sprachen sich sämtlich für die Einberufung des Reichsrats aus. Von einzelnen Rednern wurden auch die Voraussetzungen und Bedingungen für eine erprießliche Tagung des Reichsrats erörtert. Zum Schluß erklärte Präsident Schöberl, daß er die Äußerungen der Vertreter der Parteien der Regierung zur Kenntnis bringen werde.

Die Blätter enthalten Berichte über die gestrige Besprechung von Mitgliedern des Parlaments, aus welchen hervorgeht, daß sich sämtliche Mitglieder des Abgeordnetenhauses für die Einberufung des Reichsrats ausgesprochen haben. Allerdings die meisten unter der Voraussetzung, daß eine Geschäftsordnungsreform einen ruhigen und erprießlichen Verlauf der Verhandlungen des Abgeordnetenhauses sichere. Auch die Notwendigkeit der Zurückstellung nationaler Streitfragen und Enkeltamkeit bezüglich aller Verfassungs- und selbst Immunitätsfragen wurden von einzelnen Rednern als Vorbedingung einer Parlamentstagung verlangt. Während mehrere Abgeordnete auch für die Einberufung der Delegationen eintraten, sprachen sich andere Abgeordnete entschieden dagegen aus. Vertreter des Herrenhauses, welche der Versammlung der Abgeordnetenvertreter beizutreten, kennzeichneten den Standpunkt des Herrenhauses, welches bekanntlich nur für eine Einberufung der Delegationen eingetreten war. Graf Lam-Martiniß stellte mit Bedauern fest, daß das Abgeordnetenhaus gerade den entgegengesetzten Standpunkt des Herrenhauses eingenommen habe, welches die Ueberzeugung gewonnen hätte, daß eine Tagung des Reichsrates derzeit unmöglich sei und darum die Einberufung der Delegationen als Surrogat beantragt hätte. Man trage eine riesige Verantwortung, wenn man sich gegen die Eventualität einer Delegationstagung ausspreche, falls eine Reichsratsung nicht möglich sei. Präsident Schöberl, welcher schließlich meinte, daß er Gelegenheit haben werde, die Resultate dieser Besprechung an entsprechender Stelle zu vertreten, schloß die Konferenz mit den Worten: „Auf baldiges Wiedersehen.“

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Aus dem Kriegsausschuss für die Metallbetriebe Groß-Berlins.

Von der Firma Th. u. Co. erkrankt der Fräser S., der mit dem Meister in seiner Abteilung Differenzen hatte. Der Meister sagte ihm, wenn er nicht genug verdiene und es ihm sonst nicht paßt, könne er gehen. Das betrachte S. als eine Entlassung und fordert nun seinen Kriegsschein. Da der Vertreter der Firma zugab, daß diese Heuerung gefallen sei, erklärt der Kriegsausschuss, daß dem Fräser der Kriegsschein zusteht.

Von der Firma B. wünscht der Former Sch. einen Kriegsschein. Er war vom Militär der Firma zugewiesen, und zwar für die Arbeit eines Schmelzers. Sch. wird aber nicht als Schmelzer beschäftigt, sondern als Hilfsarbeiter. Es erfolgt eine Verständigung auf der Grundlage, daß Sch. innerhalb 14 Tagen andere Arbeit erhält oder aber es wird ihm der Kriegsschein ausgestellt.

Der Maschinenarbeiter W. von der Firma A. behauptet, die Affordräge seien zu gering, und deshalb könne er nicht verdienen. Demgegenüber erklärt der Vertreter der Firma, daß andere Arbeiter bei denselben Sätzen der gegenwärtigen Zeit entsprechend Verdienste erzielen. Da im Kriegsausschuss das nicht festgestellt werden kann, erfolgt eine Verständigung dahin, daß dies im Betrieb festgestellt werden soll. Wenn andere Arbeiter mit der gleichen Arbeit bei denselben Preisen auch nicht zureichenden, erhält W. einen Kriegsschein. Sollte aber die Erklärung des Vertreters der Firma zutreffen, so erhält W. den Kriegsschein nicht, weil der geringe Verdienst dann nicht an den niedrigen Affordrängen, sondern an der Person des Maschinenarbeiters liegt.

Von der Firma S.-Sch. erkrankt der Werkzeugmacher K., der einen Kriegsschein wegen zu geringen Lohnes wünscht. Der Lohn beträgt 1,28 M. pro Stunde. Die Verordnung des Kriegsausschusses nach einem Kriegsschein auf Grund seines Lohnes wird vom Kriegsausschuss dem Grunde nach anerkannt, doch soll nochmals im Betrieb verhandelt werden. Erst wenn über die Lohn-erhöhung keine Verständigung erfolgt, soll der Werkzeugmacher den Kriegsschein bekommen.

Von der gleichen Firma kam der Maschinenarbeiter B. und wünscht den Kriegsschein, weil er beleidigt ist. Es wird ihm vorgeworfen, daß er ein Stück verdorbene Arbeit an einem anderen Platz mit einem guten Stück vertauscht habe. B. erklärt, daß dies nicht der Fall sei und verlangt, daß man ihm die Verlor bringt, die das gesehen haben will. Dies Verlangen wurde von der Firma nicht erfüllt, weshalb sich der Kriegsausschuss auf den Standpunkt stellt, daß man einem Arbeiter gegenüber solche Behauptung auch beweisen müsse. Da dies von der Firma nicht geschieht, wird vom Kriegsausschuss erklärt, daß der Arbeiter sich derartige auch nicht gefälligen lassen braucht und die Berechtigung auf Erteilung des Kriegsscheins anerkannt. Trotzdem wird dem Arbeiter empfohlen, weiterzuarbeiten, da ja durch die einmütige Stellungnahme des Kriegsausschusses ihm eine ausreichende Genugtuung für die ihm zugefügte Beleidigung geworden sei.

Der Schlosser R. von der Firma P. will einen Kriegsschein, da er bei einer anderen Firma als Vizemeister eintreten kann. Es wird dem Schlosser erklärt, daß er eines Kriegsscheines nicht bedürfe, wenn er als Vizemeister oder Werkführer eine Stellung erhalten kann.

Aus einem der Spandauer Staatsbetriebe erkrankt der Vorgehner A., der gelernter Schlosser ist, und will einen Kriegsschein wegen zu geringen Verdienstes. A. hat alle möglichen Versuche gemacht, um zu einem ausreichenden Verdienst zu kommen; doch ist sein Lohn nur auf 1,01 M. erhöht. Der Kriegsausschuss ist einmütig der Meinung, daß dieser Verdienst für einen gelernten Schlosser der gegenwärtigen Zeit nicht entspricht und hält das Verlangen des Schlossers für berechtigt. Nun sind aber in demselben Betrieb noch eine größere Anzahl von Arbeitern, die ebenso wie A. unzureichenden Verdienst haben und deshalb auch Anspruch auf einen Kriegsschein hätten. Würden diese alle ihren Kriegsschein fordern und erhalten, gäbe es in diesem wichtigen Betrieb in Spandau eine große Störung. Um das zu verhüten, machte der Kriegsausschuss dem Vertreter des Spandauer Betriebs den Vorschlag, daß die Betriebsleitung innerhalb 8-10 Tage eine der gegenwärtigen Zeit entsprechende Verbesserung der Verdienste vornehmen möge. Bis dahin wird die Erteilung des Kriegsscheins an A. und alle sonst noch kommenden Arbeiter aus Spandau ausgesetzt. Sollte innerhalb dieser Zeit keine ausreichende Verbesserung der Verdienste eintreten, sieht sich der Kriegsausschuss genötigt, einen Kriegsschein auszustellen.

Der Revolverdreher A. wünscht von der R. A. G. den Kriegsschein, weil er wegen Beleidigung des Kontrolleurs in Strafe genommen ist. Es erfolgt eine Verständigung nach der Richtung, daß er die von ihm selbst zugegebene Beleidigung zurücknimmt und sich entschuldigt, andernfalls müsse es bei der Strafe bleiben. Der Kriegsschein wird nicht erteilt.

Der Schmied St. von der Firma O. u. A. will einen Kriegsschein, weil er durch eine Betriebsstörung und sonstige nicht in seiner Person liegende Umstände in seinem Verdienst wesentlich geschmälert ist. Es wird den Parteien vorgeschlagen, sich über die Zahlung des Verdienstausschlusses im Betrieb zu verständigen oder dem Verdienst müsse ein Kriegsschein ausgestellt werden.

Der Schlosser S. von der Firma A. will einen Kriegsschein, weil er von der Firma entlassen ist. Die Firma bestreitet, den Mann entlassen zu haben. Es wird jedoch festgestellt, daß die Entlassung tatsächlich ausgesprochen ist und erhält deshalb S. den Kriegsschein.

Deutsches Reich.

Die Tarifbewegung in der Holzindustrie.

Zu den Forderungen der Holzarbeiter hat nun auch der Arbeitgeber-Schutzverband für das deutsche Holzgewerbe Stellung genommen. Bekanntlich hat eine Konferenz der Städtevertreter des Deutschen Holzarbeiterverbandes, die am 2. und 3. Oktober in Berlin tagte, beschloffen, in allen Orten und für sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen eine sofortige Lohnerhöhung von 33 1/2 Prozent bezw. eine Lohnerhöhung von 20 Pf. für die Stunde zu fordern. Diesem Beschluß entsprechend sind die Forderungen an den in Betracht kommenden Orten überreicht worden.

Um ein einheitliches Vorgehen zu erzielen, hat der Arbeitgeber-Schutzverband nunmehr seinerseits eine Städtevertreter-Versammlung einberufen, die am 17. Oktober im Lehrerbereinshaus in Berlin tagte und aus dem ganzen Reich sehr zahlreich besucht war. Am Tage zuvor hat der Gesamtvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes getagt. In der Versammlung der Städtevertreter wurden durch einstimmigen Beschluß die Richtlinien

für die nun zu beginnenden Verhandlungen festgestellt. Nunmehr sollen die Verhandlungen an den einzelnen Orten sofort in die Wege geleitet und so beschleunigt werden, daß über ihr Ergebnis bis zum 29. Oktober an den Zentralvorstand berichtet werden kann. Auf Grund des Ergebnisses wird der Zentralvorstand des Arbeitgeber-Schutzverbandes mit den Arbeitgebervertretern verhandeln, worauf in einer weiteren Versammlung der Städtevertreter am 6. November endgültig Beschluß gefaßt werden wird.

Zum Verständnis der Vorgänge im Holzgewerbe sei daran erinnert, daß die Verträge unmittelbar zwischen den örtlichen Parteien, wenn auch unter Mitwirkung der Zentralvorstände, abgeschlossen sind und am 15. Februar 1917 ablaufen, wenn sie nicht drei Monate zuvor, also am 15. November 1916 gekündigt wurden. Nach früheren Vereinbarungen war festgelegt, daß die Vertragsorte in mehrere Gruppen zusammengelegt werden, deren Verträge in verschiedenen Jahren ablaufen. Diese Vereinbarung ist nicht aufgehoben worden, da aber während der Kriegsdauer die ablaufenden Verträge wiederholt verlängert wurden, gilt angeblich als Ablaufstermin für alle Verträge der 15. Februar 1917.

Die Forderung der Holzarbeiter auf Erhöhung der Löhne hat den Zweck, die Vertragskündigung zu verhüten. Der Beschluß der Städtevertreter des Arbeitgeber-Schutzverbandes hat die Bedeutung, daß die Unternehmer mit der von den Arbeitern vorgeschlagenen formalen Behandlung der Angelegenheit einverstanden sind. Die örtlichen Verhandlungen sollen beschleunigt werden, so daß noch rechtzeitig vor dem Kündigungstermin übersehen werden kann, ob eine Verlängerung der Verträge möglich ist, oder ob die Kündigung der Verträge ausgesprochen werden muß. Ueber den materiellen Inhalt der beschlossenen Richtlinien hat der Arbeitgeber-Schutzverband in seiner Veröffentlichung nichts gesagt. Für die Bestattung der Dinge in der Holzindustrie wird aber das Maß der Ungeheuerlichkeiten in der Lohnfrage ausfallgebend sein. Im Hinblick auf die gewaltige Verteuerung der Lebensbedürfnisse muß eine Erhöhung der Löhne um 33 1/2 Prozent als recht bescheiden bezeichnet werden. Dieser Erkenntnis können sich auch die Unternehmer nicht verschließen. Man darf deshalb hoffen, daß es noch vor dem 15. November zu einer Verständigung kommt, die eine Verlängerung der Verträge möglich macht.

Aus der Partei.

Eine wichtige Entscheidung für die Arbeiterpresse.

Seit Kriegsausbruch war das Halten der Parteipresse unseren Kriegern gestattet. Trotz alledem sind verschiedentlich Beschwerden laut geworden, wonach Vorgesetzte scheinbar von dieser, den Soldaten erteilten Genehmigung, die Arbeiterpresse in uneingeschränktem Maße lesen zu dürfen, nichts gewußt haben und daher das Halten der Arbeiterpresse den Mannschaften strengstens verboten hatten. In einem konkreten Falle führte der Abgeordnete König unter Vorlegung des Beweismaterials Beschwerde beim Kriegsministerium. Daraufhin ist ihm unter dem 17. Oktober d. J. folgende Entscheidung zugegangen:

Kriegsministerium Berlin W 66, den 17. 10. 16.

Ko. 824/9. 16. C. 1 a.

An das Mitglied des Reichstags Herrn König.

Euer Hochwohlgebornen teilt das Kriegsministerium im Anschluß an das Schreiben vom 11. 8. 16 Ko. 286/8. 16. C. 1 a ergehen mit, daß das Verbot der „Vorwärts-Arbeiter-Zeitung“ irrtümlich durch den stellvertretenden Batterieführer erfolgt ist. Der Regimentskommandeur hat dabei nicht mitgewirkt. Das Erforderliche ist veranlaßt worden.

Im Auftrage v. Wrisberg. (z)

Der „Vorwärts“ als Pensionsfräulein. Zu unserer gestrigen Notiz: „Wenn ihr streitet, streitet zu Hause!“ sendet uns Genosse Dr. Wensch folgende Erwiderung:

„Ich protestiere gegen die Behauptung des „Vorwärts“, mein Artikel im „Tag“ stelle „in seinem Hauptteil eine Polemik gegen die Arbeitsgemeinschaft“ dar. Das ist eine aus den Fingern gefogene Behauptung. In seinem „Hauptteil“ stellt mein Artikel eine kritische Würdigung der Reichstags-Entscheidung vom 11. Oktober und besonders der Reden Scheidemanns und Davids dar. Die wenigen Zeilen, die sich dabei mit der Arbeitsgemeinschaft befassen, sind weder eine „Polemik“ noch ein „Streit“, sondern eine völlig objektive und historisch abwägende Würdigung. Will der „Vorwärts“ das bestreiten, so fordere ich ihn auf, die paar Zeilen, die sich mit der Arbeitsgemeinschaft befassen, abzudrucken; seine Leser würden dann sofort sehen, wo das „durchaus ungehörige“ Verfahren steck.“

Die Rolle eines Pensionsfräuleins zu spielen, steht dem „Vorwärts“ nach seinen bisherigen Leistungen spottschlecht.“ Genosse Dr. Wensch irrt sich in der Adresse. Der Verfasser der „aus den Fingern gefogenen“ Notiz ist Anhänger der Wahrheit und überzeugt, in diesem Falle die überwiegende Meinung aller Richtungen auf seiner Seite zu haben.

Eine Frauenkonferenz.

Eine Frauenkonferenz für den Agitationsbezirk Dresden wurde am letzten Sonntag im Dresdener Volkshaus abgehalten. Sie war von Genossinnen aus allen neun zum Bezirk gehörenden Reichstagswahlkreisen besucht, auch Vertreter der Kreisverbände, des Landesvorstandes und der Bezirksvorstände nahmen an der Konferenz teil. Vor Eintritt in die Tagesordnung wurde einstimmig eine Friedensresolution angenommen sowie eine Sympathieerklärung für den verfolgten amerikanischen Genossen und Gewerkschaftsführer Treves. Dann sprach Genossin Biez-Verein über: Die Frauenarbeit und ihre Konsequenzen. Das umfassende und sehr instruktive Referat fand allgemeinen Beifall. Daran knüpfte sich eine sehr interessante und onregende, von tiefster Sachlichkeit getragene, fast fünfständige Debatte, an der sich Genossinnen aus allen Wahlkreisen und auch einige Genossen beteiligten. Neben den durch das Referat aufgeworfenen Fragen wurden auch einige damit zusammenhängende (Kriegspolitik der Partei, Ernährungsfrage usw.) gestreift. Unter anderem betonten auch alle Genossinnen, daß ihnen die „Gleichheit“ mehr als je unentbehrlich geworden sei. Die Organisation und Agitation wurde an Hand der Erfahrungen während der Kriegszeit eingehend erörtert und wichtige Anregungen gegeben. Eine umfangreiche Resolution, die bereits in der Groß-Berliner Frauenkonferenz Annahme fand, wurde einstimmig angenommen. — Der Verlauf dieser Konferenz bewies das dringende Bedürfnis für derartige Verständigungsmöglichkeiten der Genossinnen untereinander im Interesse der Bewegung. Es wurde daher der Wunsch laut, daß sie öfter, als bisher, stattfinden sollen. Vom Vorsitzenden (Bezirksvorstand) wurde zugesagt, daß diesem Wunsche nach Möglichkeit entsprochen werden solle.

Eine Konferenz der Sozialisten der Entente-Länder.

Die das Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus, das zurzeit seinen Sitz in Haag hat, teilt, soll Anfang nächsten

Jahres wieder eine Konferenz der Sozialisten der Entente-Länder stattfinden. Das Sekretariat des I. S. B. stellt gegenüber wichtigen Mitteilungen über diese Konferenz das Folgende fest:

1. Daß die Konferenz durch die Sozialistische Partei Frankreichs auf Grund eines Beschlusses der letzten französischen Parteikonferenz einberufen wird. Sie wird wahrscheinlich im Januar 1917 stattfinden. 2. Die Einladung richtet sich an fünf Länder, jedoch an 14 verschiedene nationale Abteilungen, nämlich England, Frankreich, Italien, Portugal, Rußland, Finnland, Polen, Belgien, Serbien, Rumänien, Südafrika, Kanada, Australien und Neuseeland. 3. Die Konferenz ist keine Versammlung der Mitglieder des Internationalen Sozialistischen Bureaus. (In dem Bureau sitzen lediglich drei permanente Abgeordnete der internationalen Abteilungen.) 4. Es ist eine Konferenz, d. h. ein kleiner Kongress, auf dem auch die Minderheiten Recht auf Vertretung besitzen. 5. Nach dem Beispiel der Londoner Konferenz vom Januar 1915 und der neutralen sozialistischen Konferenz in Haag von 1916 werden die nationalen Ausschüsse der Gewerkschaften eingeladen werden; für Frankreich also die Confédération Générale du Travail. Das Programm der Konferenz lautet folgendermaßen: Das gemeinschaftliche Vorgehen der sozialistischen Parteien der alliierten Länder ist zu folgendem Zweck festzulegen: a) Die Politik ihrer Länder soll so gesteuert werden, daß während des Krieges und nach dem Kriege aller Eroberungsgeist und jedes Streben nach Annexionen ausgeschlossen wird und daß am Tage des Friedens die Achtung der verletzten Rechte der Nationen garantiert werde durch internationale Einrichtungen, die materiell einen dauernden Frieden sichern. b) Die Regierungen sollen veranlaßt werden, aus ihren wirtschaftlichen Verträgen während und nach dem Kriege alles das zu verbanen, was für das internationale Proletariat eine Vermehrung der Ausbeutung werden würde, und alles, was Keime zu neuen Konflikten unter den Völkern in sich tragen könnte, und zugleich soll die Gefahr bekämpft werden, daß aus diesen so wünschenswerten Verträgen Werkzeuge zu einem verlängerten Kriege gemacht werden. Die Organisation der Konferenz wird dem Sekretariat des Internationalen Sozialistischen Bureaus anvertraut, das dafür zu sorgen hat, daß das Verfahren der internationalen Konferenz genau befolgt wird, so z. B. hinsichtlich Verteilung der Stimmen.

Gerichtszeitung.

Reihenhandel.

Als ein Musterbeispiel für die Schädlichkeit des Reihenhandels kann eine Anklage gelten, die gestern vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter dem Vorsitz des Geh. Justizrats Reich verhandelt wurde.

Unter der Bezeichnung „Erbien“, deren Beischloßnahme seinerzeit öffentlich bekanntgegeben worden war, ohne Genehmigung der P.-E.-G. verkauft und dabei Kriegswucher getrieben zu haben, standen der Händler Ehrenfried Tappert, die früheren Konfektionäre Lesser Schendel und Johann Kleimann sowie der Kaufmann Bernhard Pastorius vor Gericht. Eine Post in Wogowitz bei Gnesen verkaufte an einen gewissen Kay einen Posten „Victoria-Erbien“ zum Preise von 36 M. pro Zentner. Kay, gegen den jetzt auch ein Verfahren in Gnesen schwebt, setzte sich mit seiner Verwandten Schwine in Berlin in Verbindung und diese übernahm in Gemeinschaft mit Tappert die Unterbringung der Erbsien, für die Kay nicht weniger wie 80 M. forderte. Sie fanden sofort einen Käufer in der Person des Angeklagten Schendel, der bis dahin Zuckermehrer war, seit Kriegsausbruch aber mit Lebensmitteln handelte. Dieser übernahm den Posten, zahlte den beiden Vermittlern, die gar keine Nähe aufzuweisen hatten, 72 M. Provision und ließ sich weiter nach einem Abnehmer um. Zufällig hörte der Angekl. Kleimann hieron, ging ans Telefon und fand ohne weiteres einen Käufer in Pastorius, der die Erbsien zu 110 M. pro Zentner übernahm und im Kleinhandel weiter vertrieb. Kleimann hat für dieses ein Telefongespräch 159 M. Provision erhalten. — Pastorius wurde nur des Vergehens gegen die Verordnung vom 26. August 1915 schuldig befunden und zu 300 M. Geldstrafe verurteilt. Bezüglich der übrigen drei Angeklagten nahm das Gericht an, daß hier ein Fall schwersten und schlimmsten Wucherhandels vorliege, denn die Erbsien, die für 36 M. in Wogowitz verkauft wurden, seien dadurch, daß Herr Kay den Preis auf 80 M. emporhob und sie dann von Hand zu Hand wanderten, in kurzer Zeit bis auf 110 M. pro Zentner gestiegen und die Ware dem deutschen Volke ungehörig verteuert worden. Tappert, Schendel und Kleimann wurden zu je 1000 M. Geldstrafe verurteilt.

Schlechtes Fleisch.

Unter der Anklage des Vergehens gegen das Fleischbeschaugesetz hatte sich gestern der Großschlachter Julius Tiedt in Lichtenberg vor dem Schöffengericht Berlin-Mitte unter Vorsitz des Amtsgerichtsrats v. Tressow zu verantworten. Der Angeklagte hat ein Privatfleischhaus, in welchem die geschlachteten Tiere von den betr. Vorküchlerinnen untersucht und abgestempelt werden. Er wurde nun durch eine Anzeige beklagt, auf seinem Grundstück in einem durch einen Plan abgedeckten Raum eine Sonderfleischerei eingerichtet zu haben, deren Betrieb der Öffentlichkeit entzogen worden sei und in welcher frisches und schlechtes Fleisch verarbeitet und unbesugter Weise abgestempelt werde. Auf Grund belastender Aussagen eines ehemaligen Geheimes und eines Lehrlings nahm das Gericht an, daß der Angeklagte nicht nur genügt, sondern auch veranlaßt habe, daß solche schlechten Fleischstücke an den verkauften Ort gebracht und auf nicht aufgestempelte Weise abgestempelt würden. Mit Rücksicht auf die Gefährlichkeit dieses Verhaltens verurteilte das Gericht den Angeklagten zu einem Monat Gefängnis und 1500 Mark Geldstrafe. — Der Angeklagte beauftragte sofort seinen Verteidiger Rechtsanwalt Dr. Davidsohn, Verurteilung einzulegen, da er sich völlig unqualifiziert fühle.

Mißhandlung eines Kriegsgefangenen.

Am eine schwere Mißhandlung eines Kriegsgefangenen drehte sich eine Anklage wegen Körperverletzung, die sich gegen den Steinseher Heinrich Kühn richtete und die erste Strafkammer des Landgerichts II gestern beschäftigte. Unter dem Angeklagten arbeitete bei dem Chauffeebau bei Posen ein russischer Gefangener, der nach dem Zeugnis einiger Zeugen ganz flehig war, aber eines Tages den Horn des Angeklagten dadurch erregte, daß er ohne Veranlassung mit den Händen in den Taschen mächtig dasand und nicht arbeitete. In unverantwortlicher Weise drang der Angeklagte schimpfend auf den Gefangenen ein, gab ihm einen Stoß und schlug ihn mit der Spitzhade. Der Gefangene mußte in das Feldlazarett übergeführt werden. Das Gericht hielt das Verhalten des Angeklagten für besonders strafwürdig und verurteilte ihn zu zwei Monaten Gefängnis.

Wetterausichten für das mittlere Norddeutschland bis Donnerstag mittag. Ein wenig wärmer, im Nordosten noch trocken und vielach heiter; in den anderen Gegenden überwiegend bewölkt und besonders im Westen etwas Regen.

Wichtige Mitteilung!

für alle Leser! verlangen Sie ein

Probeheft gratis.

Alle Leser erhalten gegen Einsendung des nebenstehenden Gutscheines ein Gratis-Probeheft der rühmlichst bekannten illustrierten Zeitschrift „Welt und Wissen“. Diefelbe bringt von ersten Schriftstellern gemeinverständliche Abhandlungen aus allen Wissensgebieten. Jedes Heft enthält a. 20 Artikel, z. B.: Der Mensch in der Hochbauzeit

— Wenn die Erde erzittert. — Wie erhalte ich mich jung. — Der Wille und dessen Gymnastik. — Das Leben unter Wasser. — Fernphotographie. — Liebe und Ehe bei den Naturvölkern. — Der Mensch und die Geisteswelt. — Flächtige Luft. — Einfluß der Lebensweise auf das Menschenalter. — Verfallene Städte der Welt der Sahara. — Eine Fahrt im Unterseeboot usw.

Außerdem erhält jeder Abonnent eine große illustrierte Hausbibliothek gratis und zwar zu jedem Jahrgang drei Werke. Damit jeder Leser darauf abonnieren kann, ist der Preis auf nur 20 Pf. pro Heft festgesetzt.

Gutschein V

für ein Gratis-Probeheft. An den Verlag von „Welt und Wissen“ Berlin-Schöneberg, Am Park 11. Ich bestelle hiermit ein Probeheft kostenlos zugesandt. Name _____ Ort _____

Heute Mittwoch, den 25. Oktober: Extra-Zahlabend in Groß-Berlin.

Chronik des Weltkrieges.

25. Oktober 1914.

Bei Ypern steht der Kampf.

25. Oktober 1915.

Bei Gyatortopf wurden 1450 Russen gefangen. Venedig wurde zweimal mit Bomben belegt.

Reichstagsauschuß für den Reichshaushaltsplan.

Am Dienstag wurde mit der Aussprache über Brotgetreide, Mehl, Backwaren, Hülsenfrüchte, Reis, Buchweizen, Hafer, Gerste begonnen.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki hob hervor, daß es sehr erfreulich wäre, wenn Gerste und Hafer mehr als bisher der Volksernährung zugeführt werden könnten. Die Verfeinerung von Graupen sei bereits gesteigert worden und werde weiter gesteigert werden. Ebenso werde in bezug auf Hafermehl vorzugehen werden. Die zur Verfügung stehenden Mengen dieser Lebensmittel sollen zweckmäßig verteilt werden, wobei die Städte nach ihren örtlichen Verhältnissen bevorzugt werden müßten, da hier ein größeres Bedürfnis für diese Nahrungsmittel vorhanden sei als auf dem Lande. Ferner müßten Kohlrüben und Stodrüben als Nahrungsmittel für die Menschen mehr verwendet werden. Das Gerstenkontingent der Brauereien soll auf 25 Proz. herabgesetzt werden. Für Bayern aber müßte eine Ausnahme gemacht werden. Den dortigen Brauereien müßte es unbedingt ermöglicht werden, für die einheimische Bevölkerung so viel Bier als bisher zu liefern. Nur die Ausfuhr könne hier eingeschränkt werden. Dr. Heim habe vorgeschlagen, den Preis für Brotgetreide zu erhöhen und den Preis für Hafer herabzusetzen. Der Vorschlag sei gründlich geprüft worden und dies habe ergeben, daß er auf falscher Berechnung beruhe.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis wies nach, daß unsere Aussichten für die Versorgung der Bevölkerung günstig sind. Das sei aber kein Grund, daß jetzt die Bevölkerung mit allen möglichen Ansprüchen komme. Die Erfahrungen haben uns gelehrt, daß wir unter den jetzigen Verhältnissen mit mancherlei unerwarteten Störungen zu rechnen haben. Daher sei es notwendig, daß die Reichsleitung stets eine größere Menge Brotgetreide habe, um derartige unerwartete Nöten auszufüllen. Die Reichsleitung müsse demgemäß auch in diesem Jahre sehr vorsichtig mit dem Brotgetreide wirtschaften. Ebenso sorgfältig sei die Reichsleitung darauf bedacht, daß kein Brotgetreide verderbe. Bei der sehr großen Menge von Brotgetreide, die bei der Reichsgetreidestelle auf Lager gehalten oder verfrachtet werden müsse und bei dem nassem Wetter, das wir gehabt haben, sei es ganz unvermeidlich, daß auch einmal ein Wagen Getreide nicht in einem so guten Zustande geliefert werden müsse, wie es wünschenswert sei. Im allgemeinen aber werde ein durchaus gutes Brotgetreide geliefert. Bedauerlich sei es, daß immer wieder unrichtige Mitteilungen in den Zeitungen verbreitet werden, auch wenn eine Verächtlichkeit schon längst erloschen ist. Die Getreidelager werden regelmäßig gründlich beaufsichtigt und falls sich Fehler herausstellen, werde dagegen mit aller Schärfe eingeschritten. Die Beschwerden der Mühlen, die während des Krieges nicht beschäftigt werden konnten, seien berücksichtigt worden, soweit es irgend möglich war. Im vorigen Jahre habe die Reichsgetreidestelle 700 Mühlen beschäftigt, im letzten Jahre dagegen 900 Mühlen. Die Reichsgetreidestelle habe alle die Mühlen berücksichtigt, die die Bedingungen über die Lagerung erfüllen können. Die ganz kleinen Mühlen können freilich nicht berücksichtigt werden, da sonst die Arbeit der Reichsgetreidestelle unentwäglich erschwert werde.

Der Präsident des Kriegsernährungsamts v. Batocki wendete sich gegen die noch weitergehenden Forderungen der Mühlen. Sie könnten nicht erfüllt werden, wenn nicht die rechtzeitige Versorgung der Bevölkerung mit Brot aufs äußerste erschwert werden sollte. Sehr bedenklich sei es, Mittelstandspolitik auf Kosten der Volksernährung zu treiben. Es sei geradezu unmöglich, daß wir die Rücksicht auf die Mühlen höher stellen sollten als die Rücksicht auf die Volksernährung.

Dann wurde die Besprechung dadurch unterbrochen, daß gemäß dem Wunsche, den der Ausschuß gestern ausgesprochen hat, ein Vertreter des preussischen Eisenbahnministeriums zu erscheinen war, um die Maßnahmen zu schildern, die von der Eisenbahnverwaltung durchgeführt werden, um die Verfrachtung der Kartoffeln möglichst zu fördern.

Der Vertreter des preussischen Eisenbahnministeriums verheißte, daß unsere Eisenbahnen einen unüberhältnismäßig großen Bestand an Eisenbahnwagen schon vor dem Kriege gehabt haben und auch jetzt ständig für den Zugang neuer Wagen Sorge. Die Wagenfabriken haben ihre Leistungen vergrößert, so daß auch der Zugang der Wagen größer geworden sei. Mit Lokomotiven sei die Eisenbahn ebenfalls reichlich versehen und die Lokomotivfabriken liefern neue Lokomotiven reichlich und pünktlich. Aber es werden auch sehr große Anforderungen an die Eisenbahnen gestellt, sowohl von der See- als auch von der Landverwaltung, daß ein sehr großer Teil des eingearbeiteten Personals zum Kriegsdienst einbezogen sei. Allerdings sei der nötige Ersatz eingestellt worden, namentlich Frauen. Diese haben sich sehr gut bewährt; sie leisten ganz vorzügliche Dienste. Es seien Versuche gemacht worden, ob Frauen auch als Heizer brauchbar seien. Das Ergebnis sei ebenfalls günstig gewesen. Trotzdem sollen Frauen nicht zum Ersatz der Heizer verwendet werden, da eine solche Beschäftigung der Frau zu sehr unserm Empfinden widerstrebe. Ferner wären jetzt viel mehr Reparaturen notwendig als früher. Es werde danach gestrebt, daß die Reparaturen möglichst schnell erledigt werden. Schließlich sei der Beginn der Kartoffelernte infolge des ungünstigen Wetters um mindestens zwei Wochen verzögert worden und dementsprechend sei auch die Belastung der Eisenbahn größer geworden. Um trotzdem das Notwendige zu leisten, soll alles nur Mögliche geschehen. 7-8000 Wagen werden täglich anstellt. Der Minister erhalte täglich eine genaue Zusammenstellung, wieviel Wagen in jedem Bezirk gestellt werden könnten und wieder gefehlt haben. In den letzten Tagen waren mehrere, die ein ungünstiges Bild boten. Dies sei aber nicht durch die Eisenbahn verschuldet worden, sondern dadurch, daß die Anforderungen zu groß waren und deshalb die Eisenbahn sie trotz aller Bemühungen nicht in vollem Maße erfüllen konnte. Jedoch sei bereits eine Besserung eingetreten. Wenn nicht immer gedeckelte Wagen gestellt werden könnten, so müßten ungedeckelte zu Hilfe genommen werden und die Kartoffeln durch Straß geschickt werden. Für die Beförderung der Kartoffeln sei ein vollständiger Plan aufgestellt, damit die Wagen aufs vortheilhafteste ausgenutzt werden können. Eine große Erleichterung wäre es für die Eisenbahn, wenn die Wagen an der Aufnahmestelle rasch geleert werden. Darauf sollten die Gemeinden sorgfältig achten.

Abg. Gathein: Es handle sich nicht nur um die Beförderung der Kartoffeln, sondern auch um die vieler anderer unentbehrlicher Waren. So sei die Wagenmangel auch bei den Kohlengruben

in recht nachtheiliger Weise. Eine Entlastung wäre durch die Binnenschiffahrt möglich. Die Eisenbahn sollte solche Güter nicht annehmen, die zur richtigen Zeit auch durch die Schiffahrt an den Bestimmungsort gebracht werden können.

Der Vertreter des preussischen Eisenbahnministeriums erwiderte: Wir suchen die Eisenbahn möglichst durch die Schiffahrt zu entlasten. So beziehen wir für die Eisenbahn die Kohlen überall, wo es irgend geht, durch Schiffe. Ob wir aber die Annahme von Gütern verweigern können, wie Abg. Gathein vorschlug, erscheint sehr zweifelhaft. Ebenso sei zu befürchten, daß die Kartoffeln leiden könnten, wenn sie in Schiffen befördert würden.

Die Abgg. Hopp (Sp.), Schiele (L.), v. Gamp (Dt. Fr.) und v. Rebing (Dt. Fr.) brachten dazu noch einige Beschwerden vor.

Abg. Sturm (Soz. Arb.) forderte, daß die Eisenbahn zeitig genug den Gemeinden mitteile, wenn sie nicht die geforderte Zahl von Wagen stellen kann. Nur auf diese Weise werde es verhindert, daß Kartoffeln an die Bahn geschafft werden, die wieder zurückgefahren werden müssen, weil die Eisenbahnwagen fehlen. Der Hinweis mehrerer Redner, daß die Gemeinden auch im Winter noch an passenden Tagen Kartoffeln herbeischaffen können, schloß nicht aus, daß jede Gemeinde durch einen größeren eisernen Bestand für alle Fälle gerüstet sein muß. Endlich sollte die Eisenbahn ihrem Personal die nötige Anweisung geben, wie während der Fahrt die Kartoffeln behandelt werden müssen.

Damit war diese Erörterung beendet und der Ausschuß wandte sich den Fragen zu, deren Besprechung unterbrochen worden war.

Abg. Hopp (Sp.): Die Brotmenge für den Kopf der Bevölkerung muß erhöht werden, und zwar schlage er vor, statt 200 Gramm Mehl 240 Gramm oder statt 250 Gramm Roggen 300 Gramm zu liefern. Die jetzt zur Verteilung kommende Menge Brotgetreide sei durchaus ungenügend und bedeute dadurch eine schwere Benachteiligung der Bevölkerung. Könnte die Brotmenge erhöht werden, so wäre das ein sehr erfreulicher Fortschritt. Die Hafermehlmengen müßten und könnten in viel größerer Menge der Bevölkerung zur Verfügung gestellt werden. Das Gerstenkontingent der Brauereien sollte unbedingt auf 25 Proz. beschränkt werden. Ganz falsch wäre es, wenn man auf Bayern in dieser Angelegenheit so weit Rücksicht nehme, wie es verlangt werde. Auch Bayern müsse sich den allgemeinen Verhältnissen in dieser Beziehung anpassen.

v. Gamp (Dt. Fr.): Auch er würde es begrüßen, wenn die Brotmenge für den einzelnen vergrößert werden könnte. Er halte es aber für sehr bedenklich, dies jetzt schon zu tun, während noch keine unbedingte Sicherheit dafür vorliege, daß man dabei bleiben könne. Erfreulich sei, daß die Forderungen der Mühlen im letzten Jahre viel mehr als bisher berücksichtigt worden müßten. Er glaube, daß im allgemeinen die berechtigten Wünsche der Mühlen erfüllt seien und damit der bisherige Streit als erledigt betrachtet werden könne. Er warne davor, die Preise für Gerste und Hafer herabzusetzen. Die hohen Preise sind für diejenigen, welche Gerste und Hafer ernten, von sehr großer Bedeutung. Die Abnehmer dagegen seien mindestens sehr zahlungsfähige Kreise und könnten den hohen Preis sehr gut bezahlen. Auch wenn jetzt in den Städten Nahrungsmittel aus Hafer und Gerste eingeführt werden, so komme es auf den Preis nicht an; die Mengen seien so gering, daß dafür auch ein höherer Preis bezahlt werden könne.

Abg. Rabinger (B.) forderte vor allen Dingen, daß bei dem Gerstenkontingent auf die Verhältnisse in Bayern in weitestem Maße Rücksicht genommen werde. Wenn das gelte, könnte mancher Nöthmittel beseitigt werden. Den bayerischen Brauereien müßte auch die Ausfuhr des Bieres ermöglicht werden, da sonst alle Geschäftsverbindungen abgebrochen und die Betriebe dadurch schwer geschädigt würden.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis: Auch wir werden es als einen sehr großen Fortschritt begrüßen, wenn wir in der Lage sein sollten, der Bevölkerung größere Brotmengen zukommen zu lassen. Wir werden die Verhältnisse genau prüfen, und wenn wir es verantworten können, sehr gerne dazu schreiten. Verehrt wäre es aber, wenn wir uns schon heute durch die günstigen Aussichten verleiten ließen, diesen Schritt jetzt zu tun, selbst auf die Gefahr hin, daß ein Rückschritt notwendig wäre.

Abg. Koch (Soz.): Auch für die Nahrungsmittel aus Gerste und Hafer müßte unbedingt der Preis so niedrig als nur irgend möglich angelegt werden. Bei der allgemeinen Teuerung sei auch die Ausgabe für diese Nahrungsmittel nicht unwesentlich, zumal ja das Bestreben dahin gehe, viel mehr Nahrungsmittel aus Gerste und Hafer als bisher unter die Bevölkerung zu bringen. Eine Erhöhung der Brotmenge wäre in der Tat sehr zu wünschen. Im weiteren trug Redner die Forderungen des Deutschen Müllerverbandes vor, die in einer Eingabe vom 22. Juli d. J. enthalten seien. Die Müller forderten in dieser Eingabe, daß ihnen noch weitere Rechnung getragen werde, als es nach der Mitteilung des Staatssekretärs Dr. Michaelis jetzt geschehen sei. Er glaube jedoch, daß in erster Linie maßgebend sein müsse die Rücksicht darauf, daß die Bevölkerung mit dem nötigen Brotgetreide zur richtigen Zeit und verhältnismäßig billig versorgt werde. In diesen Grenzen müßten allerdings auch die Wünsche der Müller berücksichtigt werden; darüber hinaus könne man nicht gehen.

Unterstaatssekretär Dr. Michaelis teilte mit, daß nach dem Eingange dieser Eingabe weiter mit dem Müllerverbande verhandelt worden sei, und daß gegenwärtig die Wünsche des Deutschen Müllerverbandes im wesentlichen erfüllt seien.

Abg. Mollenhuth (Soz.) legte dar, daß die Erhöhung der Brotmenge durchführbar sei. Wenn man die Erhöhung von 200 auf 240 Gramm Mehl durchführe, dann würde durchaus nicht der Verbrauch um volle 20 Proz. steigen. Durch die Erhöhung der Brotmenge wird für viele Leute, die heute Zufuhrprobleme haben, dieses Bedürfnis wegfallen. Ebenfalls wird der Verbrauch bei denen, die mit 200 Gramm auskommen, nicht gesteigert. Es wird also nur ein Teil der Getreidemengen gebraucht, die sich rechnerisch ergeben. Auch er verlange nachdrücklich, daß der Haferpreis herabgesetzt werde. Die Menge an Hafer und Gerste, die für menschliche Ernährung zur Verfügung gestellt werde, müsse erhöht werden. Gröhe, Graupen, Teigwaren müssen jetzt den Reis ersetzen, der früher ein erheblicher Faktor in der Ernährung war. Bei der Preisermessung sollte man auf die Verhältnisse des Friedens zurückgehen. In Friedenszeiten hat in der Regel Weizen den höchsten Preis; ihm folgt in weitem Abstände der Roggen. Gerste und Hafer sind in der Regel billiger als Roggen. Es müsse aber auch dem Bauer mit Viehfutter entgegengekehrt werden. Wenn man, wie mitgeteilt wurde, für Hinterhorn 52,70 M. fordere, dann ist die Beschaffung doch gar zu groß. Hinterhorn mit gutem Roggen, der nur 11 M. kostet, zu verfälschen.

Eine große Reihe Redner brachte noch viele Beschwerden namentlich der Landwirte in bezug auf die Abnahme und die Preise ihrer Produkte zur Sprache. Der Präsident des Kriegsernährungsamts, v. Batocki, sagte zu, daß die Beschwerden berücksichtigt werden sollen, soweit es irgend möglich sei. Auch er wüßte dringend, daß die Brotmenge erhöht werde. Dazu könne man aber erst dann schreiben, wenn die Sicherheit vorliege, daß dagegen entscheidende Bedenken nicht mehr sprechen. Er stimme zu, daß die Preise für die Nahrungsmittel aus Gerste und Hafer aufs äußerste herabgesetzt werden sollen. In diesem Sinne habe er gestrebt und werde er auch weiter tätig sein.

Die Erörterung dieser Frage war damit beendet. Am Mittwoch werden in erster Linie Kartoffeln, Kartoffelergengnisse und Brennereien besprochen.

Zur Judentzählung von 1916.

In der Budgetkommission ist bekanntlich am 10. d. Mts. beschloffen, nach der Religion der in den Kriegsgesellschaften beschäftigten Personen zu forschen, und zwar von den Konfessionsliberalen, Nationalliberalen und von dem Zentrum, das einst einen Toleranzantrag einbrachte, als ob dem Reichstag nicht daran liege, ob eine in der Kriegsgesellschaft beschäftigte Person tüchtig, sondern was Religion sie sei. Hat denn der Staat ein Recht nach der Religion zu forschen? Für Preußen antwortet das nach dieser Richtung noch gültige „Allgemeine Landrecht für die Preussischen Staaten“ Kny und Nr. mit: Weh. §§ 4 und 5 II. 11 des Allgemeinen Landrechts lauten:

§ 4. Niemand soll wegen seiner Religionsmeinung Beunruhigung zur Rechenschaft gezogen, verspottet oder gar verfolgt werden.

§ 5. Auch der Staat kann von einem einzelnen Untertan die Angabe: zu welcher Religionspartei sich derselbe bekenne, nur alsdann fordern, wenn die Kraft und Gültigkeit gewisser bürgerlicher Handlungen davon abhängt.

§ 6 fährt dann fort:

Aber selbst in diesem Falle können mit dem Geständnis abweichender Meinungen nur diejenigen nachtheiligen Folgen für den Bestehenden verbunden werden, welche aus seiner dadurch, vermög der Gesetze, begründeten Unfähigkeit zu gewissen bürgerlichen Handlungen oder Rechten von selbst fließen.

Ueber jeden Zweifel erhaben ist demnach das Recht des einzelnen, die Antwort auf die Frage nach seiner Religion abzulehnen. Die Antragsteller müssen demnach schon über den Resolutionsweg hinaus einen Gesetzesentwurf beantragen, der ihren Wunsch als authentische Interpretation für den Reichslanzlerjah „dem Tüchtigen freie Bahn“ in Reichsgesetzesform giebt.

Ein Deutsch-Amerikaner, der nicht unserer Partei angehört, sendet uns zu diesem Thema folgende Zuschrift:

Den Protest des Herrn Abg. Scheidemann in der Sonnabendnummer des „Vorwärts“ habe ich mit großem Interesse gelesen. Da der Verfasser die Angelegenheit nur vom Standpunkt der Rechtsgültigkeit aus und in Rücksicht auf die innere Entwicklung Deutschlands betrachtet, gestatten Sie wohl einem Bürger der Vereinigten Staaten, der deutscher Abstammung ist und der sein Deutschtum — freilich ohne Chauvinismus — stets in Ehren gehalten hat, die Angelegenheit auch unter internationalem Gesichtspunkt mit ein paar Worten zu beleuchten. Wer jahrzehntelang sich in der Welt umgesehen hat, und zwar nicht nur in den Vereinigten Staaten, der wußte auch vor Ausbruch dieses Krieges, daß Deutschland bei fremden Völkern nicht beliebt ist. Zweifellos verdankt der Deutsche diese seine Stellung unter der Nation nicht nur seinen Fehlern, sondern auch seinen Vorzügen. Aber es wäre ganz falsch anzunehmen, daß nur Reiz und Rißgründ der Deutschen zu einer Karikatur entstellten haben. Dieses Kapitel abzuhandeln, wäre weitausläufig. Ich möchte in diesem Augenblick nur darauf hinweisen, daß der deutsche Antisemitismus nicht allein jeden modernen Menschen in hohem Grade abstoßen muß, sondern daß sein Hervortreten in diesem Augenblick zugleich eine politische Dummheit ist. Wir Deutsche in den Vereinigten Staaten haben uns redlich Mühe gegeben, alle jene Kräfte mobil zu machen, die geeignet sind, eine gerechte und unparteiische Neutralität der Vereinigten Staaten herbeizuführen. Der Stand der Deutschen drüben ist, wie man hier weiß, kein leichter. Wir stehen mit den Jren zusammen, die erklärlicherweise von der Betätigung englischer Weltbeglückung nicht entzückt sind. Wir suchen auch an einem Strang zu ziehen mit den Juden, die aus Rußland stammen und die die Entente nicht lieben können, da von jenes Reich gehört, das auf die niederträchtigste Weise die Millionen ihrer Freunde und Verwandten behandelt.

Einen Einfluß auf die Juden zu gewinnen, ist nicht ganz leicht gewesen, denn englische Agenten und die der englischen Politik zugängliche Presse machen mit größtem Nachdruck den folgenden Standpunkt geltend: England und Frankreich sind die Länder der Freiheit, und wenn diese Länder siegen, so werden sie die Möglichkeit haben, auch in Rußland die bürgerliche Freiheit der Juden durchzusetzen. Die Behauptung ist gewiß grundsätzlich, denn ein siegreiches Rußland wird nicht geneigt sein, sich die Bahn für seine innere Politik vorzeichnen zu lassen. Ein Sieg befestigt die herrschende Politik in Rußland. Er erschüttert sie ganz gewiß nicht, und wenn das reaktionäre Rußland siegreich ist, so wird auf absehbare Zeit die Anrechtung der gesamten russischen Bevölkerung ohne Ausnahme bestehen bleiben. Immerhin haben, so falsch auch die Folgerungen der Englandfreunde sein mögen, solche Ausführungen einen gewissen Eindruck gemacht, und es hat Arbeit gekostet, diese Sophistereien einigermaßen unwirksam zu machen. Nun nach dem Beschluß der Mehrheit der Budgetkommission sehe ich nach echtamerikanischer Gespinntheit schon in den preussischen Zeitungen New Yorks zollgroße Ueberschriften etwa folgenden Inhalts: Sieg der Antisemiten im Deutschen Reichstag, oder: Der Deutsche Reichstag kolportiert die Juden.

Daß diese Ueberschriften zutreffend und geschmackvoll sind, will ich nicht behaupten, aber wirkungslos sind sie für die Leser drüben, und man soll nicht vergessen, daß es in New York allein über 2 Millionen Juden gibt. Politisch urteilsfähig sind sie gewiß heute noch nicht alle, aber politisch nutzgebend haben sie alle, und ihre Stimmen fallen bei der bevorstehenden Präsidentenwahl ins Gewicht. Wenn sie im Deutschen Reichslande starke antisemitische Tendenzen zu erkennen glauben, dann werden sie sich nicht gerade für verpflichtet halten, den englischen Lokungen die Ohren zu verschließen.

Der deutsche Botschafter in Washington würde gewiß geneigt sein, ein Privatinterview über die vorliegende Frage denen zu halten, die mehr darüber zu wissen wünschen.

Politische Uebersicht.

Die neuen Kriegskredite.

Dem Reichstag ist jetzt die Vorlage über die neuen Kriegskredite zugegangen. Die bereits bekannt, wird ein Betrag von 12 Milliarden gefordert; eine besondere Begründung ist der Vorlage nicht beigegeben.

Das preussische Abgeordnetenhaus

trifft am 16. November wieder zusammen. Es wurde hauptsächlich deshalb vertagt und nicht geschlossen, um die Arbeiten der Kommission für die Schatzungsämter- und Stadtschatzen-Vorlage, die bereits bis zur dritten Lesung gediehen sind, nicht unter den Tisch fallen zu lassen. Zur Besprechung des Arbeitsplanes hat der Präsident Graf Schwerin-Löwitz die Parteiführer für den nächsten Freitag zu einer Sitzung eingeladen. — Voraussichtlich wird das Abgeordnetenhaus bis zum Frühjahr beschäftigt sein.

Das deutsche Eigentum in Portugal.

Abg. Wassermann hat im Reichstage folgende Anfrage eingebracht: In Portugal ist deutsches Eigentum mit Beschlagnahme belegt worden. Ist der Herr Reichslanzler in der Lage und bereit, nähere Mittheilung hierüber zu machen? Welche Gegenmaßnahmen hat der Herr Reichslanzler getroffen?

Die Kandidatur Wildgrube.

Die fromm alldoische „Unabhängige Nationalkorrespondenz“ hat es für notwendig erachtet, den im 11. sächsischen Reichstagswahlkreis aufgestellten konservativen Kandidaten Dr. Wildgrube, den Gegner unseres Genossen Lipinski, um sein politisches Glaubensbekenntnis zu befragen. In Anbetracht der Tatsache, daß selbst die nationalliberale Presse (Leipziger Tageblatt, Berliner Vörsenzeitung, „Deutscher Kurier“) die Kandidatur Dr. Wildgrubes als ungeeignet bezeichnen hat, da er mit seinen extrem-konservativen Anschauungen die ziemlich starke linksliberale Wählerschaft fortzuschicken könne, ist sein „Glaubensbekenntnis“ in bezug auf seine Haltung zum Liberalismus merkwürdig zahn ausgefallen. Seinen Ueberzeugungen nach, so schreibt er, stehe er auf dem Boden konservativer Weltanschauung. Er habe sich aber „volles Verständnis bewahrt für die ethische und politische Gleichwertigkeit liberaler Weltanschauung“.

Dieses platonische Bekenntnis nimmt sich zwar recht häßlich aus, ob es aber irgendwelche praktische Bedeutung hat, bleibe dahingestellt. Aktueller ist die Rechtsfertigung Dr. Wildgrubes wegen seiner Zugehörigkeit zur Kanzlerfronde, die ihm selbst von nationalliberaler Seite den Vorwurf der Kanzlerfronderei eingetragen hat. Er sei allerdings, so schreibt er, Mitglied des „unabhängigen Ausschusses“, aber ihm gehören auch führende Männer der sächsischen Nationalliberalen, wie Dr. Vogel, Abg. Strefemann, Geheimrat Lohmann und Prof. Brandenburg an. Zu seiner Gegnerschaft gegen den Reichskanzler schreibt er mit schwach verhängelter hostiler Spitze gegen die Nationalliberalen:

„Ich verlange nicht wie Herr Professor Brandenburg, daß der Reichskanzler vor der Vertrauensabstimmung sein Spiel aufdecke und uns klar und unzweideutig sage, welches die Mindestforderungen sind, ohne deren Erfüllung er keinen Frieden schließen wird.“ Ich verlange nicht weiter, als daß die politische Kriegsführung unserer tapfer ringenden und unentwegt opfernden Volksgewisse nicht in die Hände eines ungeschicklichen Einseitigen, auf ein unabsehbares, zielbewußtes, auch materiell sieghaftes Ende dieses Krieges schließen lassen. Da mir die Sache alles, die Person aber nur nach Maßgabe ihrer nationalen Schwärmung etwas gilt, so liegt die Vertrauensfrage für mich grundsätzlich ganz auf unpersonlichem Gebiet. Dem Reichskanzler buldige ich, der mit der Tat und mit der Wahrheit ein Nachfolger Bismarcks ist; einen solchen verlangt die Schicksalsstunde des deutschen Volkes.“

In diesem Bekenntnis ist besonders interessant die Forderung eines „unabsehbares“, zielbewußtes, auch materiell sieghaftes Endes dieses Krieges“. Diese Forderung tritt erst ins rechte Licht durch folgende Nachschrift der Redaktion der „Unabhängigen Nationalkorrespondenz“:

„Ob es nach diesen Darlegungen Dr. Wildgrubes die Libérale, selbst die bürgerlich-demokratische Wählerschaft mit ihrem deutschen Gewissen verantworten will, den bisher national vertretenen Reichstagswahlkreis (Schatzburgen als ersten nach Kriegsausbruch) auch nur durch die Stimmenthaltung an die Sozialdemokratie, die Verfechterin eines „internationalen Gerechtigkeitsfriedens“, auszuliefern, möge sie mit sich selbst ausmachen. Es bleibt daran zu erinnern, daß die Augen des lauernden Auslandes auf dieser Wahlentscheidung ruhen, — wer danach noch den Mut aufzubringen vermag, auf dem Wege des Bürgerfriedensbruchs direkt oder indirekt die Mandate der Gegner eines deutschen Friedens vermehren zu helfen, den wird man um sein robustes Verantwortungsgefühl nicht beneiden dürfen. Es kommt in Schatzburgen auf jede bürgerliche Stimme an!“

Demnach wird hier der sozialdemokratischen Forderung eines gerechten Ausgleichs Friedens vollkommen bewußt die Parole des „unabsehbares“ Krieges zur Herbeiführung eines „auch materiell sieghaftes Endes dieses Krieges“, d. h. eines Friedens mit Annektionen entgegengesetzt. Möglich, daß Herr Dr. Wildgrube bei dieser Formulierung ein lapsus linguae unterlaufen ist. Sachlich ist es aber durchaus richtig, daß die von ihm aufgestellten Ziele das Ende des Krieges „unabsehbar“ machen. Die Wähler in Schatzburgen werden sich das merken müssen.

Eine alldoische Tagung.

Der Gesamtverband des Alldoischen Verbandes hielt am Sonntag in Berlin eine Tagung ab, zu der über 400 Vorstandsmitglieder und Ortsgruppenvertreter aus allen Teilen des Landes zusammengekommen waren.

Zum Warenumschlagstempelgesetz.

Der Bundesrat hat in seiner Sitzung vom 19. d. M. den Grundrissen zur Auslegung des Warenumschlagstempelgesetzes vom 28. Juni 1916 keine Zustimmung erteilt. Die Grundzüge werden im „Deutschen Reichsanzeiger“ vom 24. d. M. veröffentlicht. Einleitend wird bemerkt: Ueber die Erhebung der Abgabe bei Warenumschlag, die durch Vermittlung von Verkaufsvereinigungen (Syndikaten) getätigt werden, Grundzüge aufzustellen, ist abgesehen worden, weil bei der Verschiedenartigkeit der Verhältnisse die Entscheidung nur von Fall zu Fall getroffen werden können. Im allgemeinen werden die über die Verhandlung des Kommissionsgeschäfts aufgestellten Grundzüge entsprechende Anwendung zu finden haben.

Maßregel gegen Güterspekulanten.

Die „Hamburger Nachrichten“ schreiben: In der letzten Zeit sind im Bereich des 9. Armeekorps die Güterspekulanten an der Arbeit. Die Wirkung ihres Treibens zeigt sich unter anderem in den immer häufiger durch die Tagespresse gebenden Ankündigungen von Auktionen über das gesamte lebende und tote Inventar eines Hofes. Das Generalkommando hat im Einvernehmen mit den zuständigen Zivilbehörden verschiedentlich auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes derartige Verkäufe verboten und die zwangsweise Verwertung derartiger Güter angeordnet. Die Zivilbehörden sind ersucht worden, die insbesondere Augenmerk auf diese Güterspekulanten und auf derartige Verkaufsankündigungen zu richten und dem Generalkommando davon Mitteilung zu machen, damit auf Grund des Belagerungszustandsgesetzes gegen die Beteiligten eingeschritten werden kann.

Diese Maßnahmen richten sich natürlich nicht nur gegen die Güterspekulanten, sondern auch gegen die Besitzer, die die günstige Gelegenheit benutzen wollen, ihre Anwesen teuer zu verkaufen. (2)

Das tägliche Brot.

Widerspenstige Landwirte.

Eine Reihe ostpreussischer Landwirte kann sich offenbar nur recht schwer an die Anordnungen gewöhnen, die im Interesse der Sicherung unserer Volksernährung getroffen worden sind. Fast jeden Tag müssen einzelne Landwirte unter mehr oder minder starken Drohungen auf die Pflicht hingewiesen werden, die getroffenen Anordnungen zu befolgen. So rügt der Landrat des Inspreburger Kreises, daß trotz des Verbotes augenscheinlich noch ein schwungvoller Handel vom Lande in die Stadt mit Butter und Eiern stattfindet. Der Landrat sagt: „Es ist nicht angängig, daß einzelne Inhaber ihrer Beziehungen zu alten Lieferanten und infolge ihrer besseren Vermögenslage mit Butter und Eiern besser versorgt werden, als diejenigen, die solche Beziehungen nicht haben oder sie in richtiger Erkenntnis unserer Wirtschaftslage nicht ausnutzen.“

In einer weiteren Bekanntmachung steht sich derselbe Landrat veranlaßt, den Ruchhaltern anzudrohen, daß sie gezwungen werden, ihre ganze Milch an die Meiereien abzuliefern, wenn der Rückgang der zum Verkauf gestellten Buttermengen anhalten sollte.

Generalversammlung des Kreiswahlvereins für Teltow-Beeskow.

Der gegenwärtige Konflikt zwischen dem „Vorwärts“ und dem Parteivorstand bildete den Hauptpunkt der Tagesordnung der Kreiswahlvereinsversammlung von Teltow-Beeskow, welche, vom Kreisvorsitzenden Fraßel einberufen, am Sonntag im Berliner Gewerkschaftshause tagte.

Fraßel gab eine Darstellung der Verhandlungen, die, um die Aufhebung des Verbots des „Vorwärts“ zu erreichen, zwischen dem Parteivorstand auf der einen und der Kreiswahlkommission, dem Zentralvorstand von Groß-Berlin und der Redaktion auf der anderen Seite geführt wurden und schilderte dann die Verhältnisse, wie sie sich nach dem Wiedererscheinen des „Vorwärts“ in der Redaktion gestaltet haben. Die dem Vorgehen des Parteivorstandes könne die Berliner Parteigenossenschaft nicht tatenlos gegenübersehen.

Mit Protesten und Resolutionen sei in dieser Angelegenheit nichts zu erreichen. Als Antwort auf den Gewaltstreik des Parteivorstandes müßten die Berliner Genossen etwas tun. Deshalb schlage der Kreisvorstand eine Resolution vor, welche der am nächsten Sonntag stattfindenden Verbandsgeneralversammlung eingereicht werden soll. Die Resolution lautet:

„Die Verbandsgeneralversammlung stellt fest, daß der Parteivorstand das Eigentum der Berliner Arbeiterkraft gewaltsam an sich gerissen hat, um entgegen dem ausdrücklichen Willen der Berliner Genossen das Berliner Organ in den Dienst der Politik des 4. August zu stellen.“

Die Verbandsgeneralversammlung erachtet es als Pflicht aller in Betracht kommenden Körperschaften, dem verbrecherischen Vorgehen des Parteivorstandes, das sowohl dem elementarsten Rechtsgesetz als auch den Anforderungen des Statuts ins Gesicht schlägt, mit allen Mitteln entgegenzuarbeiten, um sein Vorgehen zu zunichte zu machen.

Nachdem sich gezeigt hat, daß der Parteivorstand die von den Berliner Genossen im guten Glauben getroffenen Vereinbarungen betreffend das Eigentumsrecht am „Vorwärts“ gegenwärtig so ausnützt, um die Berliner Mitglieder nicht zu ihrem Recht kommen zu lassen, daß also die Beiseitigung Richard Fischers aus der Geschäftsführung und des Parteivorstandsmitgliedes Hermann Müller aus der Redaktion auf rechtmäßigem Wege nicht zu erlangen ist, beschließt die Verbandsgeneralversammlung:

Solange ein Mitglied des Parteivorstandes in der Redaktion des „Vorwärts“ nicht nur über die Einhaltung der Zensurvorschriften wacht, sondern auch den Inhalt des Blattes bestimmt, stellt die jeweilige Redaktion ihre Mitarbeit ein.

Die Leser des „Vorwärts“ bestellen denselben für die gleiche Zeit ab und erhalten ein anderes Parteiblatt geliefert oder lesen ein anderes Blatt in Postabonnement. Ein bestimmtes Blatt zu empfehlen, bleibt den Kreisen vorbehalten.

Außerdem werden die Parteimitglieder über alle politischen und wichtigen Berliner Ereignisse durch regelmäßig erscheinende Flugblätter oder Zirkulare des Bezirks resp. der Kreisvorstände auf dem laufenden gehalten. Ebenso müssen die Ersatzzeitungen verpflichtet werden, die Berliner Verhältnisse genügend zu berücksichtigen.

Gleichzeitig beauftragt die Verbandsgeneralversammlung den geschäftsführenden Ausschuss, die Beschaffung eines neuen, den politischen Anschauungen der Berliner Arbeiterkraft entsprechenden Organs in die Wege zu leiten.“

Herbst vom Zentralvorstand sprach gegen die Resolution. Er empfahl, dieselbe zurückzustellen. Der Zentralvorstand werde am Montag eine Sitzung mit den Kreisvorständen abhalten, um die Vorschläge, welche die Kreise in dieser Angelegenheit machen, entgegenzunehmen und sie der Verbandsgeneralversammlung am nächsten Sonntag vorzulegen. Die hier vorgelegte Resolution des Kreisvorstandes werde den Zweck, den sie verfolge, nicht erreichen. Wenn dem „Vorwärts“ durch einen Postlotteriebefehl 20 000 Abonnenten verloren gingen, so würde man dadurch den Parteivorstand doch nicht klein kriegen.

Julian Vorchardt wandte sich gegen den vom Genossen Herbst vertretenen Standpunkt. Mit diplomatischem Vorgehen sei hier nichts zu machen. Der „Vorwärts“ sei kein sozialdemokratisches Blatt mehr und gehöre deshalb in keine Arbeiterwohnung. Der Parteivorstand benutze unser Geld, um uns zu belästigen. Deshalb müßten wir uns fragen, wie lange wir unser Geld noch dafür geben sollen. Wir müssen zeigen, daß wir für den Parteivorstand kein Geld mehr übrig haben. Deshalb beantrage ich, der Verbandsgeneralversammlung zu empfehlen, dem Parteivorstand keine Beiträge mehr abzuliefern.

Fraßel empfahl die Annahme der von der vorigen Verbandsgeneralversammlung abgelehnten Resolution Luxemburg, welche besagt, daß die Berliner Genossen mit den oppositionellen Genossen im Reich in Verbindung treten sollen zwecks gemeinsamer Maßnahmen gegen die Gewaltpolitik des Parteivorstandes.

Kautsky bezeichnete das Vorgehen des Parteivorstandes als einen Akt der Gewaltpolitik und sagte, der Parteivorstand registrierte nicht auf Grund der Demokratie, sondern auf Grund seiner Macht. Deshalb können wir ihm nur unsere Macht entgegensetzen. Das ist aber nur möglich, wenn wir uns nicht untereinander streiten, sondern geschlossen handeln. Die Resolution Luxemburg ist ein Versuch, die Opposition besonders zu organisieren. Das darf nicht geschehen. Innerhalb der Partei müssen wir die Opposition gegen den Parteivorstand führen. Wir dürfen nicht tun, was uns außerhalb der Partei stellt. Ich halte es auch für voreilig, wenn wir uns durch die Annahme der Resolution des Kreisvorstandes heute schon festlegen würden. Solange Aussicht vorhanden ist, den Parteivorstand innerhalb der Redaktion zu belästigen, dürfen die Redakteure nicht hinausgehen. Auch mit dem Votum des „Vorwärts“ schlägt der Kreisvorstand einen verkehrten Weg ein. Ich empfehle, die Resolution des Kreisvorstandes der Verbandsgeneralversammlung als Material zu überweisen.

Im weiteren Verlauf der Diskussion vertraten noch eine Reihe von Rednern den in der Resolution des Kreisvorstandes zum Ausdruck gebrachten Standpunkt. Unter anderem wurde darauf hingewiesen, daß ja die Gruppe Groger-Thurzo in ihrer Versammlung in der Reuen Philharmonie rückhaltlos gesagt habe, daß sie den „Vorwärts“ nicht mehr empfehlen können, weil er ihre Meinung nicht vertritt. Darauf hätten dann in einem Ort 15 Gewerkschaftsbeamte den „Vorwärts“ abbestellt. Man dürfe sich nicht scheuen, ebenso vorzugehen wie die andere Seite. Einige Redner machten dem Zentralvorstand den Vorwurf, daß er nicht einen eigenen Antrag in der „Vorwärts“-Angelegenheit formuliert und den Kreisen zur Besprechung vorgelegt habe. Es sei verkehrt, erst die Vorschläge der Kreise abzuwarten.

Herbst verwahrte den Zentralvorstand gegen diesen Vorwurf und betonte, daß ja die schon erwähnte Sitzung mit den Kreisvorständen stattdessen und ein Antrag an die Verbandsgeneralversammlung gebracht worden solle, der weiter gehe wie der Antrag des Kreisvorstandes. Näheres hierüber könne jetzt noch nicht mitgeteilt werden. Darin herrsche volle Uebereinstimmung, daß der Kampf gegen die Ueberrückung des Parteivorstandes geführt werden müsse.

Nachdem die Diskussion beendet war, berichtete die Mandatsprüfungskommission, daß 22 Orte durch 92 Delegierte vertreten und 20 Orte unvertreten sind. In 4 von den letzteren Orten besteht kein Verein mehr und die übrigen sind kleine Orte mit unbedeutenden Mitgliederzahlen.

Die Abstimmung über die vorliegenden Anträge hatte folgendes Ergebnis:

Die Resolution des Kreisvorstandes wurde mit 96 gegen 6 Stimmen angenommen.

Die mit einer kleinen Ergänzung versehene Resolution Luxemburg wurde gegen 4 Stimmen angenommen. Sie lautet:

„Das Verhalten des Parteivorstandes gegenüber der Redaktion des Zentralorgans „Vorwärts“; sein Gewaltstreik in Duisburg; seine Mitwirkung an den Parteimitgliedern im Frankfurter Agitationsbezirk und in Bremen; der Versuch, die dem Parteivorstand mitleidigen Mitglieder der Kontrollkommission hinauszudrängen; die Parteinahme für den abgelehnten Kreisvorstand von Teltow-Beeskow; endlich der mit der preussischen Landeskommission ausgeführte Handstreich gegen die Berliner Genossen, sowie das unerhörte Attentat gegen die Berliner Arbeiter, deren Organ der Parteivorstand, entgegen dem Willen der Berliner Genossen, in den Dienst der imperialistischen Politik gestellt hat — alles dies hat bewiesen, daß der Parteivorstand nicht mehr als Organ der sozialdemokratischen Politik funktioniert, sondern als Organ der Regierungspolitik. Der Parteivorstand erweist sich damit als eine Gefahr für den Bestand der Organisation, die politische Macht und den sozialistischen Geist der Partei, eine Gefahr, deren systematische Belämpfung dringende Pflicht aller Genossen ist, denen die Grundzüge des internationalen Sozialismus und die Zukunft der Arbeiterbewegung am Herzen liegen.“

Die Verbandsgeneralversammlung beauftragt den Groß-Berliner Zentralvorstand, sich mit anderen Kreisen im Reich, die gleichfalls unter der zerrüttenden Politik des Parteivorstandes zu leiden haben, ins Einvernehmen zu setzen, um gemeinsam über organisatorische Abwehrmaßnahmen zur Rettung der Partei zu beraten.“

Mit 70 gegen 30 Stimmen wurde ein Antrag Vorchardt angenommen:

„Die Kreisgeneralversammlung beschließt — vorbehaltlich der Zustimmung der Ortsvereine — bei der Verbandsgeneralversammlung zu beantragen, daß die Genossen von Groß-Berlin dem gegenwärtigen Parteivorstand keine Beiträge mehr zahlen, weil er das ihm anvertraute Geld zur Belämpfung des Sozialismus verwendet.“

Ferner wurden noch folgende von Koch gestellte Anträge angenommen:

Für den Fall, daß die Verbandsgeneralversammlung von Groß-Berlin in ihren Aktionen gegen den Parteivorstand versagt, beauftragt die heutige Kreisgeneralversammlung den Vorstand, die heute angenommenen Anträge in der „Vorwärts“-Angelegenheit selbstständig durchzuführen.

Die Kreisgeneralversammlung beantragt beim Zentralvorstand, alle Angehörten im „Vorwärts“-Unternehmen, die dem Beschluß der Kreisgeneralversammlung systematisch und ausdrücklich zuwiderhandeln, sofort durch solche Angestellte zu ersetzen, die sich bereit erklären, ihre Pflicht, sich im Sinne ihrer Auftraggeber zu betätigen, zu erfüllen.“

Zur Beschleunigung erfolgreicher Maßnahmen gegenüber der Willkür des Parteivorstandes beim letzten „Vorwärts“-Verbot verlangen die Versammelten eingehende instruktive aufklärende Mitteilung über das Eigentums- und Verfügungsrecht der Berliner Arbeiterkraft am gesamten „Vorwärts“-Unternehmen. Die Generalversammlung verlangt diese Mitteilung in der nächsten Verbandsgeneralversammlung.“

In einem besonderen Punkt der Tagesordnung nahm die Versammlung Stellung zu den bevorstehenden Gemeindevahlen. Solche sind diesen Herbst in Reußlitz, Köpenick und Wilmersdorf vorzunehmen. Auf Antrag des Kreisvorstandes beschloß die Versammlung, daß überall in den Wahlkampf einzutreten und derselbe nicht nur gegen die bürgerlichen Parteien zu führen ist, sondern auch gegen diejenigen Parteigenossen, die sich von der Kreisorganisation abgesplittert haben und einer Sonderorganisation angehören.

Bereits früher, als die Frage der Beitragsperre auftauchte, haben wir uns gegen diese ausgesprochen müssen. Die Generalversammlung Groß-Berlins zeigte, daß die überwältigende Mehrheit der Berliner Genossen auf demselben Standpunkt steht. (2)

Aus Groß-Berlin.

Ersparung von Beleuchtungsstoffen.

Amlich, Berlin, 28. Oktober. (B. Z. L.) Der Oberbefehlshaber in den Marken erläßt folgende Bekanntmachung:

Zur vermehrten Ersparung von Beleuchtungsstoffen will ich den Versuch machen, in demselben Umfange, in dem ich bisher schon den Fortfall der Beleuchtung an mit Pferden bespannten Fuhrwerken freigegeben hatte, auch für Fahrräder die Fortlassung der Beleuchtung zu gestatten.

Auf Grund des § 4 des Gesetzes über den Belagerungszustand bestimme ich daher für das Gebiet der Stadt Berlin und der Provinz Brandenburg:

§ 1. In Gebieten, in denen ein ausgebautes und während der Dunkelheit dauernd hinreichend beleuchtetes Straßennetz besteht, ist bis auf weiteres die Fortlassung der Beleuchtung an mit Pferden bespannten Fuhrwerken und Fahrrädern gestattet.

Die entgegenstehenden polizeilichen Vorschriften treten insoweit außer Kraft.

§ 2.

Die Bestimmung des § 1 gilt ohne weiteres für den Landespolizeibezirk Berlin und für die Gemeinden

im Kreise Teltow
Berlin—Brix, Berlin—Dahlem, Berlin—Friedenau, Berlin—Grunewald, Berlin—Johannisthal, Berlin—Lantwig, Berlin—Lichterfelde, Berlin—Mariendorf, Berlin—Niederschöneweide, Berlin—Schmargendorf, Berlin—Steglitz, Berlin—Tempelhof, Berlin—Treptow,

im Kreise Niederbarnim
Berlin—Ranow, Berlin—Reinickendorf, Berlin—Weißensee.

§ 3. Außerhalb des im § 2 bezeichneten Bezirks bestimmt der Regierungspräsident oder mit seiner Ermächtigung der zuständige Landrat oder Oberbürgermeister den Umfang der Gebiete, für die § 1 in Kraft treten soll, und den Zeitpunkt des Inkrafttretens.

§ 4. Soweit Bestimmungen im Sinne des § 3 schon auf Grund der Bekanntmachungen vom 8. November 1915 (D. Nr. 48 570) und 18. November 1915 (D. Nr. 50 463) erlassen worden sind, bleiben sie mit der Maßgabe in Kraft, daß an Stelle der vorgenannten Bestimmungen der § 1 dieser Bekanntmachung tritt. In den betreffenden Gebieten darf also nunmehr ohne weiteres auch an Fahrrädern die Beleuchtung fortgelassen werden.

§ 5. Diese Bekanntmachung tritt mit dem 1. November 1916 in Kraft.

Mit dem gleichen Tage treten die Bekanntmachungen vom 13. Oktober 1915 (D. Nr. 44 588), 8. November 1915 (D. Nr. 48 570) und 18. November 1915 (D. Nr. 50 463) außer Kraft.

Mehlverteilung an die Bäcker.

Der Magistrat veröffentlicht folgende Mitteilung:
„Durch die Presse geht die Nachricht, daß in der Quartalsfestung der Berliner Vätererinnung am 23. d. Mts. Klage über die neuerlich eingeführte Verteilung von Weizen- und Roggenmehl erhoben worden sei, weil die Behörde neuerdings den Bäckern „noch weniger“ Weizenmehl im Verhältnis zum Roggenmehl zuweise als früher; es wurde die Erwartung ausgesprochen, daß die Behörde die „alte“ Verteilung beibehalten werde. Damit die Deffenlichkeit durch unrichtige Angaben nicht irreführt werde, sei folgendes bemerkt:
Am 16. Oktober wurde im Interesse der Brotverbesserung und der besseren Verteilung der beiden Gebäckarten die Ausgabe von Weizenmehl anstatt Roggenmehl eingeführt; dieses Weizenmehl enthält bereits den früher vorgezeichneten Zusatz von Weizenmehl zum Roggenmehl, so daß also das zur Herstellung des Schwarzbrottes

erforderliche Weizenmehl den Bäckern nicht mehr besonders zu gewiesen werden braucht. Weizenmehl erhalten die Bäcker jetzt ausschließlich zur Herstellung von Weisbrot. Die Summe des somit teils in Form von reinem Weizenmehl und teils als Anteil am Weizenmehl an die Bäcker ausgegebenen Weizenmehls hat sich demnach gegen früher nicht verändert. Wenn die Bäcker sich jetzt grundlos darüber beschwerten, daß sie infolge der Lieferung an Weizenmehl zu wenig Weizenmehl erhielten, so muß daraus geschlossen werden, daß diese Bäcker bisher dem Roggenbrot nicht die behördlich vorgeschriebene Menge Weizenmehl zugefügt haben, vielmehr das ihnen dafür bewilligte Weizenmehl unzulässigerweise zur Herstellung von Weisbrot oder gar von Kuchen verwendet haben, während jetzt die Weizenmischung in vorgeschriebener Höhe durch die Lieferung des Weizenmehls sichergestellt ist. Die Folgen der Neuregelung erscheinen somit hiernach und nach den bisherigen Erfahrungen der Praxis keineswegs als ungünstig, sondern entsprechen durchaus den Wünschen der Behörde, die nach wie vor die Interessen der Volksernährung an erste Stelle rücken wird.

Gegen Zweckverband und Straßenbahn.

Die Liberale Fraktion der Schöneberger Stadtverordnetenversammlung hat bei der Stadtverordnetenversammlung in Verfolg ihres bereits im vorigen Jahre gegen die Tarifserhöhungsabsichten der Großen Berliner Straßenbahn gefaßten Beschlusses beantragt, den Magistrat zu ersuchen, mit aller Entschiedenheit auch gegen die unzeitgemäßen Pläne zum Erwerb der Großen Berliner Straßenbahn durch den Zweckverband aufzutreten und die Erwartung auszusprechen, daß die Vertreter Schönebergs in der Verbandsversammlung in diesem Sinne mit allem Nachdruck wirken.

Auch in andern Gemeinden wird in den nächsten Tagen gegen die die Bevölkerung stark belastenden Pläne im Verkehrsweisen Front gemacht werden.

Teure Knochen!

In der Brenzlauer Straße verkauft eine Schlächterfrau Knochen unter der Bezeichnung: Hammelfäße, das Stück zu 25 Pf. Der Geschäftsführer der Schlächterfrau soll auf dem Viehhofe die Möglichkeit haben, täglich eine große Menge von Hammelfäßen für das Geschäft zu erhalten. Von weit und breit kamen die Leute, um in Ermangelung von anderem ihr schweres Geld für die Knochen anzulegen, um Gemäse kochen zu können. Eine Leserin schreibt uns, daß vier Stück solcher Fäße, für die sie 1 Mk. bezahlt habe, $\frac{3}{4}$ Pfund gewogen hätten, es seien aber nur Knochen. Und der Höchstpreis für Knochen betrage nur 50 Pf. Es wird jetzt die Preisfrage gestellt: Sind die Knochen von Hammelfäßen Knochen oder sind sie es nicht? Die Leserin bleibt bestehen, daß hier das Publikum in unerhörter Weise zahlen muß.

Seefischpreise. In ihrer letzten Sitzung hat sich die Preisprüfungsstelle Groß-Berlin erneut mit den Preisen der Seefische, für die täglich Marktpreise festgelegt werden, beschäftigt. Die dem Kleinhandel einschließliche des Abnehmens zunehmenden Aufschläge auf die Großhandelspreise werden zum Teil neu geregelt. Als angemessen wurde bei einem Großhandelspreise bis zu 40 Pf ein Aufschlag von 10 Pf. und bis zu einer Mark ein solcher von 25 Proz. festgesetzt. Beträgt der Großhandelspreis für das Pfund mehr als 1 Mk., so soll dem Kleinhandel statt des bisherigen Aufschlages von 25 Proz. nur ein Betrag von 30 Pf. für das Pfund bewilligt werden. Bei Kabeljau im Querschnitt ist mit Rücksicht auf die großen Abfälle, welche die Verteilung des Fisches mit sich bringt, dem Kleinhandel gestattet, den für den Großhandel maßgebenden Preis um 40 Pf. für das Pfund zu erhöhen. Diese Neuregelung führt zu einer Verbilligung der Fische mit einem Großhandelspreise von mehr als einer Mark, während bei den übrigen Fischen die bisherigen Grundsätze für die Preisbildung beibehalten sind.

Die Marktpreise für den Kleinhandel werden nunmehr in Uebereinstimmung mit diesem Beschlusse der Preisprüfungsstelle festgesetzt und veröffentlicht werden.

Kleinhandelspreise für frische Seefische bester Qualität für Mittwoch, den 25. Oktober 1916.

Schellfische, Klein (bis $\frac{1}{4}$ Pfund) 1,00 Mk., mittel (von $\frac{1}{4}$ bis 1 Pfund) 2,10 Mk., groß (von 1 bis 1 $\frac{1}{2}$ Pfund) 2,20 Mk., große (von 1 $\frac{1}{2}$ Pfund und mehr) 2,30 Mk.; Kabeljau, Klein (bis $\frac{1}{2}$ Pfund) 1,40 Mk., mittel (von $\frac{1}{2}$ bis 4 Pfund) 1,50 Mk., große (von 4 Pfund und mehr) 1,60 Mk., ohne Kopf (im Querschnitt) 2,20 Mk.; Schollen, Kleine (bis zu $\frac{1}{2}$ Pfund) 1,00 Mk. (Zufuhr Schellfische knapp, Kabeljau etwas reichlicher.)

Zwei tödliche Eisenbahnunfälle.

Auf dem Bahnhof Ruhleben ist am Montag nachmittag der 44jährige Eisenbahnarbeiter Hermann Fischer aus der Schürstraße in Spandau tödlich verunglückt. Er war mit dem Anhängen der Lampen beschäftigt und überstürzt dabei ein Vorortgleis, auf dem gerade ein Zug herantrieb, dessen Annäherung er nicht bemerkt hatte. Der Arbeiter wurde von der Maschine erfasst, überfahren und auf der Stelle getötet. — Ein zweiter tödlicher Unfall ereignete sich am Sonntag auf dem Gelände der Munitionsfabrik in Spandau. Die dort beschäftigte Arbeiterin Sens aus der Jagowstr. 1 wollte, als sie nach Feierabend sich auf dem Nachhausewege befand, zur Abfertigung des Beleges die Gleise der Abfuhrbahn überqueren, obwohl sie einen Zug herannahen sah. Die S. hatte jedoch die Entfernung überschätzt und wurde von der Maschine erfasst, umgerissen und geriet unter die Räder der Lokomotive, die über sie hinweggingen. Die Arbeiterin wurde ebenfalls auf der Stelle getötet.

Unentgeltliche Lederabgabe für Ardemittel in Karlshorst. Die Gemeinde Friedrichshagen-Karlshorst beschäftigt, ihren bedürftigen Bewohnern Leder unentgeltlich zu liefern. In einer Verammlung der Schumachermeister der Gemeinde teilte Bürgermeister Ungewitter diesen Plan mit und gab gleichzeitig die Bedingungen bekannt, unter denen die Gemeinde Sohlenleder überweisen erhält. Es wird beabsichtigt, den bedürftigen Einwohnern Sohlenleder unentgeltlich zu liefern und außerdem die Kosten des Besohlens zu übernehmen. Ardemittel erhalten ebenfalls Sohlenleder unentgeltlich, die Gemeinde zahlt ihnen außerdem die Hälfte der Kosten des Besohlens.

Ein tödlicher Straßenunfall hat sich am Montagabend gegen 7 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Gitschiner Straße ereignet. Dort sprang in der Nähe des Patentamtes eine bisher noch unbekannte, etwa 40jährige Frau trotz der Warnung der Schaffnerin vom Hinterramp eines Straßenbahnwagens der Linie 1 während der Fahrt ab und kam zu Fall. Bei dem Sturz auf das Straßenpflaster erlitt sie eine schwere Kopfverletzung. Im Krankenhaus in der Gitschiner Straße, wohin die Verunglückte gebracht wurde, ist die Frau, deren Persönlichkeit mangels jeglicher Ausweise bisher nicht ermittelt werden konnte, bald nach ihrer Aufnahme der Verletzung erlegen.

Ein zweiter schwerer Unfall trat am Montag nachmittag im Nordosten der Stadt zu. An der Ecke der Landsberger Allee und der Ristler Straße stürzte der 54jährige Kaufmann Wilhelm Marx vom Vorderperron des Triebwagens eines Straßenbahnzuges der Linie 81 und erlitt einen Schädelbruch. Der Verunglückte wurde nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht.

Kleine Nachrichten. 15 000 Reichsfleischkarten erbeuteten Einbrecher in der Nacht zum Montag bei der Brotkommission in der Sternberger Str. 8 zu Schöneberg. Es sind Karten, die vom 30. d. M. an gelten. Ihre Nummern beginnen mit 60 000. Die Einbrecher nahmen außerdem 500 rote Kartoffelkarten von Nummer 1650 an. — Auf dem unbebauten Gelände in der Forstung der Berrstraße in Neudölln fanden spielende Kinder ein Paket aus grauem Packpapier und den Vorderteil eines Frauenhemdes, das die Leiche

eines neugeborenen Mädchens enthielt. — Nahrungsmittel diebstahl in der vergangenen Nacht in der Ullandsstr. 49 aus dem Schaufenster der Handlung von Klawe für 700 Mk. Delikatessen, Serringe in Tomaten und Speiseöl, in der Carmerstraße 9 für 600 Mark Schmelzbutter, Rotwein, Selt und Ungarwein. — Einjam gestorben ist die 67 Jahre alte Altmenschenpflanzlerin Witwe Wilhelmine Vogt geb. Pfeiffer, die für sich allein im Keller des Hauses Kollstr. 3 wohnte. Weil sie länger nicht mehr zum Vorschein kam, so sah sich die Hauswirtin gestern nach ihr um und fand sie tot und schon erstarrt auf ihrem Lager auf Lumpen liegen. — Nach aufschrei wurde ein großer Teppichdiebstahl, über den wir berichteten. Ein Hausdiener des Kaufmanns Jacouto sollte am vergangenen Mittwochabend für 15 000 Mk. Teppiche von Charlottenburg nach der Kaiser-Wilhelm-Straße abholen. Er kam spät zurück und berichtete, daß ihm am Potsdamer Platz, während er ausgeht sei, der Wagen mit der wertvollen Ladung gestohlen worden sei. Den Handwagen fand man leer in der Mulackstraße wieder. Jetzt hat sich herausgestellt, daß der Hausdiener selber die Ladung beiseite gebracht hat. — Drei gefährliche Hoteldiebe, die seit einiger Zeit hier ihr Unwesen trieben, wurden jetzt von der Kriminalpolizei entlarvt und unschädlich gemacht. — Mit Gas vergiftet hat sich die Kaiserstraße 19/20 wohnende Frau des Klempners Nette mit ihrer achtjährigen Tochter. Als der von der Arbeit heimkehrende Gatte die verschlossene Wohnung öffnen ließ, gaben beide nur noch schwache Lebenszeichen von sich; sie wurden nach dem Krankenhaus am Friedrichshagen gebracht, wo das Kind gestorben ist.

Verloren hat Sonntagabend 10 $\frac{1}{2}$ Uhr in der Voigtstraße zwischen Frankfurter Allee und Nipper Straße eine Kriegerfrau ihren Pompadour, Inhalt 78 Mk., ein Messer und Schlüssel. Ein Beamter vom 108. Polizeirevier sah, wie der Pompadour von einem Herrn und einer Dame aufgehoben wurde. Die ehrlichen Finder werden gebeten, den Fund gegen Belohnung abzugeben bei Mattischeid, Voigtstr. 6, Hof parterre, oder auf dem 108. Polizeirevier. Die Verliererin steht durch den Verlust jetzt mittellos da.

Aus den Gemeinden.

Kartoffelversorgung in Neudölln.

Aus Neudölln wird uns geschrieben: Der Magistrat von Neudölln hat es für nötig gehalten, in der Presse darauf hinzuweisen, daß die Bevölkerung unberechtigte Beschwerden über die Beschaffenheit der von der Stadt gelieferten Kartoffeln vorgebracht habe. Wir scheinen die Beschwerden sehr begründet. Die Bevölkerung hat das unbestrittene Recht, von der Stadt, eher als von jedem Privathändler, mit einwandfreier Ware bedient zu werden, daran ändern auch alle Hinweise auf Bitterungsverhältnisse und Sachverständige nichts. Der ohnehin hohe Preis von 5,50 Mk. pro Zentner entspricht durchaus dem Preise für reguläre Ware. Bei jedem Privathändler hat man das Recht der Abnahmeverweigerung, wenn die Ware nicht einwandfrei geliefert wird. Bei der Stadtlieferung befinden sich die Besteller aber in einer argen Zwangslage: entweder die Kartoffeln abzunehmen, ganz gleich, ob noch so viele verkaufte oder sonstige verdorbene Kartoffeln dabei sind, oder auf die ihnen im voraus entzogenen Teile der Kartoffelarten zu verzichten. Möge doch die Stadt die Auslese der Kartoffeln vornehmen und den Verlust tragen als allgemeine Unkosten, und nicht den einzelnen Bürgern diese Last auch noch aufzuerlegen. Wenn die Stadt den Abnehmern zumutet, bis zu ein Viertel Schwund stillschweigend hinzunehmen, so verteuert sie dieses notwendige Nahrungsmittel um ein Viertel, das heißt um 1,37 Mk. zirka pro Zentner und wird durch diese scheinbare Fürsorge der Zentner auf zirka 6,87 Mk. statt 5,50 Mk. kommen, was einer Last von stark beläufigen Preisüberschreitungen gleichkommt. Kann aber die Stadt eine Auslese nicht selbst vornehmen, so sollte sie den Preis erniedrigen, damit der Schaden, der durch den Schwund entsteht, ausgeglichen wird. Ein Privathändler, der bewußt für minderwertige Ware denselben Preis fordert, wie für gute reelle Ware, wäre als Wucherer zu betrachten.

Man braucht gar nicht so weit zu gehen und von der Stadt zu verlangen, daß sie die Unkosten für ausgelassene schlechte Kartoffeln tragen soll. Bei dem zu zahlenden Preise kann die Stadt von den Lieferanten eine einwandfreie Ware verlangen, so daß sie selbst vor Schaden geschützt ist und auch das Publikum keine Nachteile erleidet. Jedenfalls kann für gutes Geld auch gute Ware verlangt werden.

Volksspeisung in Reinickendorf.

Am Montag, den 30. Oktober, eröffnet die Gemeinde die von ihr errichteten Kriegsspeisehallen in der Residenzstraße 124 (Restaurant Sabau), Hauslötterstr. 43 (Restaurant Meyer), Berliner Str. 113 (Restaurant Otto), Giebhornstr. 18 (Restaurant Krause). Die Ausgabe erfolgt täglich in ganzen und halben Portionen von 11 $\frac{1}{2}$ bis 1 $\frac{1}{2}$ Uhr mittags. Die Verzehrung (ganze Portionen 45 Pf., die halbe 23 Pf.) erfolgt täglich bei der Speiseentnahme. Die Anmeldung zur Teilnahme hat bei der zuständigen Brotkommission vom Montag bis Mittwoch der Woche zu erfolgen, die der vorausgeht, in der die Teilnahme an der Wasserversorgung herbeiführt wird. Sonntags kann nur herbeiführt werden, wer am Freitag bereits für den Sonntag bezahlt hat. Es wird erwartet, daß die verabsorgten Speisen in der Wohnung verzehrt werden, doch kann ausnahmsweise von solchen Personen, die dazu genötigt sind, das Essen an Ort und Stelle verzehrt werden. Stühle zum Einnehmen der Mahlzeiten und einfache Speisegeräte werden zu diesem Zwecke bereitgestellt.

Bei Bestellung der Portionen werden von den Brotkommissionen von der vorzuliegenden Fleischkarte 7 Abschnitte bei ganzen, 3 Abschnitte bei halben Portionen, von der Kartoffelkarte 4 Abschnitte bei ganzen und 2 Abschnitte bei halben Portionen abgetrennt. Die Ausgabe des Essens erfolgt gegen Vorlegung der von der Brotkommission ausgegebenen Speisekarte. Nach Abtrennung der Tagesabschnitte und Verzehrung erhält der Bezahler eine Speisekarte, die zur Entnahme der Speisen berechtigt.

Sie weisen noch darauf hin, daß die Anmeldung zur Teilnahme an der am kommenden Montag beginnenden Speisung noch heute zu erfolgen hat.

Die Zuckerkarte in Schöneberg. Um die Zahl der Karten nach Möglichkeit zu vermindern, werden in Schöneberg besondere Zuckerarten nicht mehr verteilt, sondern es werden in Zukunft durch Säulenanschlag bestimmte Abschnitte der Lebensmittelkarte für den Zuckerbezug aufgerufen. Die Einmachezuckerarten, und zwar sowohl die 6-Pfundarten der ersten, wie die Postkarten der 2-Einmachezuckerarten können nur noch bis 1. November eingelöst werden.

Kinderveranstaltungen in Neudölln. Am Sonnabend, den 28. Oktober, nachmittags 3 Uhr, findet in den Stern-Vierteln, Hermannstraße 49 (früher Vortsch) eine Amovorstellung für Kinder statt. Eintritt für Kinder 5 Pf., für Erwachsene zur Begleitung 20 Pf. Das Programm ist ein ausgewähltes und durchaus gediegenes. Es wird deshalb um zahlreichen Besuch gebeten. Eintrittskarten sind zu haben im Bureau des Waldvereins, Redarstr. 3, in der Expedition Siegfriedstraße und an den einzelnen Spielfellen.

Soziales.

Die Feuerzulagen bei der J. C. G. A.

In einer vor der Kammer 5 des Gewerbegerichts ausgesetzten Klage gegen die Imperial-Continental-Gas-Assoziation (englische Gaswerke) handelte es sich darum, ob

eine gewisse Arbeitergruppe von der Gewährung der ersten Feuerzulage ausgeschlossen ist.

Unter Berufung auf das Vorgehen der Berliner städtischen Gaswerke hat die J. C. G. A. den Arbeitern ihres Betriebes dreimal eine Feuerzulage gewährt, wie es auch in den städtischen Gaswerken gebräuchlich ist. Die erste Zulage wurde am 26. Februar 1915 bewilligt. In dem betreffenden Ausschuss heißt es, daß die Zulage allen Arbeitern des Betriebes gewährt wird. In der Gasmeserfabrik der J. C. G. A. wurde dieser Ausschuss nicht angebracht und drei Arbeitern der Gasmeserfabrik ist die erste Zulage nicht gewährt worden. Die zweite und dritte Zulage erhielten sie dagegen. Der Kläger, ein bis vor kurzem in der Gasmeserfabrik beschäftigt gewesener Klempner, fordert mit der Klage Nachzahlung der ersten Feuerzulage. Er berief sich darauf, daß sich die Bekanntmachung der Direktion auf das Vorgehen der Stadt Berlin berufe und daß in den städtischen Gaswerken die Arbeiter der Gasmeserfabrik nicht von der Zulage ausgeschlossen seien, und daß auch die Bekanntmachung der Beklagten allen Arbeitern die Zulage gewähre. Der Kläger behauptete, die erste Zulage sei den Arbeitern der Gasmeserfabrik auf Verlangen des Leiters derselben vorenthalten worden als Strafe dafür, daß diese Arbeiter — gelehrte Handwerker — sich weigerten, im Gaswerk Kohlen zu schippen und dergleichen. Dagegen gab der Vertreter der beklagten Gesellschaft an, die Arbeiter der Gasmeserfabrik seien auf ausdrücklichen Beschluß der Generaldirektion von der ersten Zulage ausgenommen worden, weil sich die Gasmeserfabrik nicht renierte und zu jener Zeit die Absicht bestand, sie eingehen zu lassen.

Das Gericht wies die Klage mit der Begründung ab: Es möge ja sein, daß es ein unbilliges Vorgehen sei, wenn die Arbeiter der Gasmeserfabrik von der Zulage ausgeschlossen wurden. Doch nicht darüber, sondern nur über die Rechtslage habe das Gericht zu entscheiden. In rechtlicher Hinsicht liege es aber so, daß dem Kläger und den Arbeitern seiner Kategorie die erste Feuerzulage nicht gewährt werden sei. Daß die Bekanntmachung der Direktion durch eigenmächtiges Verhalten des Leiters der Gasmeserfabrik nicht ausgehängt worden sei und er damit den Absichten der Direktion zuwidergehandelt habe, sei nicht erwiesen.

Auch ein Ruhegehalt.

In dem Dorfe Langenau im Kreise Götlich mußte der 75jährige Amtbediener und Gemeinbedote Hamann wegen seines hohen Alters und wegen Krankheit seinen Posten niederlegen. Er hat 35 Jahre lang der Gemeinde treue Dienste geleistet. Dafür bewilligte ihm die Gemeindevertretung ein Ruhegehalt von jährlich — 50 Mark!

Aus aller Welt.

Grubenunglück. Auf der Zeche „Kaiserstuhl“ bei Herne i. W. wurden am Montag mehrere Arbeiter verschüttet. Zwei Arbeiter sind tot.

Wißbrach der Feldpost-Vorfreiheit. Um das Porto zu sparen, hatten eine Schneiderin und eine Arbeiterchefrau in Halberstadt Briefe und Postkarten mit dem Namen eines ihnen bekannten Wehrmannes als Absender versehen und als „Feldpost“ aufgegeben. Der Gericht suchte sich die Schneiderin damit herauszureden, sie habe geglaubt, während der Kriegszeit könne jeder Feldpost schreiben. Die Halberstädter Strafkammer erachtete schwere Urkundenfälschung in Verbindung mit Verzug als vorliegend und verurteilte die Schneiderin zu zwei Wochen, die Arbeiterchefrau, welche von der anderen verführt war, zu zehn Tagen Gefängnis.

Franszösische Meldungen. Nach dem „Temps“ ist in Paris eine große Schwefelsäure- und Salpetersäurefabrik durch Brand zerstört worden. In Trobes traten die Arbeiter weiterer sechs Fabriken in den Aufstand. In Marseille ereignete sich ein schweres Straßenbahnunglück, mehrere Personen wurden getötet und über 30 verwundet.

Parteiveranstaltungen.

Wahlverein Schöneberg. Statt des Extra-Zahlens am Mittwoch findet am Freitag, den 27. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, eine Mitgliederversammlung im „Schwarzen Adler“, Hauptstraße, statt. Tagesordnung: 1. Bericht von der Kreisgeneralversammlung. 2. Wahl der Delegierten zur Verbandsgeneralversammlung. — Vollzähliges Erscheinen der Mitglieder ist notwendig.

Wilmersdorf. Wir erhalten vom Vorstand des Sozialdemokratischen Wahlvereins Wilmersdorf folgende Mitteilung: Die Notiz in der Montagausgabe des „Vorwärts“ über den Frauenlesabend in Wilmersdorf ist irreführend. Es hat kein Frauenlesabend des Sozialdemokratischen Wahlvereins Wilmersdorf stattgefunden. Gleichzeitig machen wir noch einmal auf die Mitgliederversammlung aufmerksam, die Mittwoch, den 25. Oktober, abends 9 Uhr, bei Schäfer, Ecke Mannheimer und Brandenburgische Straße, stattfindet. Vollzähliges Erscheinen ist notwendig.

Wandorf. Donnerstag, den 26. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, findet im Lokale des Genossen Breiter, Sturfsrüdenstr. 44, unsere Generalversammlung statt. Bistigt eines jeden Genossen ist es zu erscheinen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 $\frac{1}{2}$ Uhr findet bei Wwe. Verdie, Friedrichstr. 112, eine Mitgliederversammlung aller dem Gewerkschaftsartikel angeschlossenen Gewerkschaften statt. Die Tagesordnung: 1. Bericht des Gewerkschaftssekretärs Eugen Bräuner über: 2. Die Kriegswirtschaftsfragen unter besonderer Beachtung des Kriegsvorrates in Köln.

Karlshorst. Außerordentliches Zahlens Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Perste, Ecke Prinz-Albort- und Köpenickerstr. Tagesordnung: Mitteilungen. Bericht von der außerordentlichen Kreisversammlung und Vereinsangelegenheiten. In Anbetracht der Vollzähligkeit wird pünktlich begonnen.

Karlshorst-Wiesdorf. Der gemeinsame Extra-Zahlens findet heute, Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, in Karlshorst, Köpenicker Straße 5, Restaurant Campel, statt. Tagesordnung: „Vorwärts“-sonntag. Um vollzähliges und pünktliches Erscheinen ersucht. Die Verpflegung.

Vorsilwalde-Wittenau. Mittwoch, den 25. Oktober, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, bei Wllh. Schulze, Schubartstr. 39, gemeinsamer Zahlens.

Jugendveranstaltungen.

Friedrichshagen. Heute abend 8 Uhr findet im Jugendheim ein Vortrag des Herrn Felix Müller statt. Was ist und was will die Arbeiterjugend? Die Eltern der Jugendlichen werden gebeten, ebenfalls anwesend zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet für Abonnenten Lindenstr. 3, IV. Hof rechts, parterre, am Montag bis Freitag von 4 bis 7 Uhr, am Sonnabend von 5 bis 6 Uhr statt. Jeder für den Briefkasten bestimmten Aufsatz ist ein Buchstabe und eine Zahl als Merkzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Anfragen, denen keine Abonnementszahlung beigelegt ist, werden nicht beantwortet. Eilige Anfragen trage man in der Sprechstunde vor. Beiträge, Schriftsätze und dergleichen bringe man in die Sprechstunde mit.

G. 2. 12. Die Familienunterstützung wird neben der Rente noch drei Monate gezahlt, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird. Bedürftigkeit muß in allen den Fällen anzuweisen werden, in denen ein mit Militärrenten Entlassener nicht gleich lohnende Beschäftigung erhält und seine Rente zum Unterhalt der Familie nicht ausreicht. 2. Nur bei ganzlichem Entzug der Rente kommt auch die Kriegszulage in Fortfall.

G. 2. 10. Die Briefkästen dürfen in diesen Fällen als Eigentum des Ehepartners gelten. — **R. 7. 51.** Auch der Arbeiter kann unter Einhaltung der im Mietvertrage vorgesehenen Bestimmungen die Wohnung kündigen werden. Um beurteilen zu können, ob die Kündigung zu Recht erfolgt ist, würden wir Ihnen empfehlen, mit dem Kündigungsbedingten und dem Mietvertrage zu uns in die Sprechstunde zu kommen.

G. 50. Wenden Sie sich an das nächste Polizeirevier. — **W. 2. 100.** Die Unterstützung kann, wenn Bedürftigkeit als vorliegend erachtet wird, beibehalten werden. — **Grm. 1906.** 1. Die dortige Gemeinde wird mehrheitlich keinen kommunalen Zuschlag zur Unterstützung zahlen, und so hat die Mutter leider nur Anspruch auf 7,50 Mk. Sie könnte

